Freitag, 2. März 1923. **Einzelnummer 200 Mark.** 62. Jahrgang. Nr. 49.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 4000.—
in den Ausgabestellen 4100.—
durch Zeitungsboten 4200.—
am Postamt ..... 4500 —
ins Ausland 6000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 120.— M. Reklameteil. 360.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 120.— p. M. „ Reklameteil 360.— p. M in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Ethik und Nationalismus

ist ein Leitaufsatz der „Gazeta Poznańska" überschrieben (Nr. 47), der die Frage aufwirft, wie sich die Anschauung der Mehrheit der hiesigen Bevölkerung zu dem überhitzten Nationalismus verhält, dessen Lebensäußerungen in der letzten Zeit mehr als einmal die Aufmerksamkeit der Presse auf sich gezogen haben. Der Verfasser des Aufsatzes sieht in einem derartigen Nationalismus eine dem eigentlichen Wesen des Polen fremde Erscheinung. Er kommt in diesem Zusammenhang auf einen Vortrag zu sprechen, den der Pfarrer Rostworowski in einer Krakauer Akademikerversammlung hielt, und berichtet darüber:

Der Vortragende lehnt die Doktrin der Allpolen, daß die Nation das höchste Gut sei, als einen dem Christentum widersprechenden Grundsatz ab. Das höchste Gut sei Gott und das ewige Leben in Gott. Es gibt keine nationale Ethik, es gibt keinen nationalen ethischen Wertmaßstab. Für die moralischen Grenzen des Nationalismus kommen nur die allgemein ethischen Richtlinien in Betracht. Die Religion, die die Beziehungen des Menschen zu Gott regelt, ist dem Einfluß des Nationalismus entzogen. Wo sie beginnt, hört der Nationalismus auf. Daraus folgt: die Religion kann niemals ein Mittel sein zur Erreichung nationaler Ziele. Die Kirche darf nicht in eine nationale Institution verwandelt werden. Den Götzen Staat will man jetzt durch den Götzen Nation ersetzen. Das ist falsch. Gut und Blut müssen wir der Nation und dem Vaterlande opfern, aber wir dürfen Nation und Vaterland nicht zum Götzen machen. Die Ethik erlaubt nicht, daß man die eigene Nation über andere Nationen stellt (Chauvinismus). Wohl dürfen wir subjektiv die eigene Nation am höchsten stellen, das heißt sie am meisten lieben; aber sie objektiv über die anderen stellen dürfen wir nicht. (Grande nation, über alles und dergl. m.) Wir dürfen auch nicht behaupten, nur das Interesse des eigenen Volkes hätte entscheidenden Wert, denn ein solcher Standpunkt führt zum Krieg, nicht zum Frieden.

Der Pfarrer Rostworowski wirft auch die Frage auf, wie man sich zu Leuten anderer Nationalität im eigenen Staate verhalten solle, und rät, diese Völker anzuziehen und sich zu assimilieren.

Die „Gazeta Poznańska", der wir den Bericht über den Vortrag des Pfarrers Rostworowski entnehmen, lehnt seinen Rat mit Recht ab. Sie schreibt:

„Wir sind durchaus gegen die Assimilation, denn wir glauben, daß der Reichtum des menschlichen Geistes auf der Verschiedenartigkeit der Rassen beruht, und daß jede Vernichtung einer Rasse oder einer Nation diesen gemeinsamen Schatz der Menschheit schädigt und sich an der Menschheit, vielleicht erst nach Jahrhunderten rächen muß. Das Glück einer Nation, das Glück der Menschheit, die Kultur, alles das kann verwirklicht werden und kann wirklich vorhanden sein nur in dem Glück des Individuums, denn nur das Individuum ist imstande, Glück zu empfinden. Durch den Patriotismus, durch den Kultus des Menschheitsideals, durch die Liebe zur Familie wird das rohe Erz der Menschheit in Gold verwandelt. Wer selbst ein wahrer Patriot ist, kann keine Freude haben an dem Anblick des Renegatentums anderer, kann aus dem Unglück anderer Völker kein Glück schöpfen. Daher darf Polen im wohlverstandenen eigenen Interesse dem Rat, andere sich zu assimilieren, nicht folgen. Das lehrt uns die Geschichte."

Republik Polen.

Reform der polnischen Staatsverwaltung.

Der Senator Professor Dr. Rajznica hat einem Vertreter der Ostagentur einige Mitteilungen über die Reform der polnischen Staatsverwaltung gemacht. Der aus drei verschiedenen Teilgebieten entstandene polnische Staat ist sogar in der Gegenwart der Schauplatz von Unstimmigkeiten auf dem Gebiete der Verwaltung, die sich sowohl aus der zu losen Abzirkelung der gegenseitigen Abhängigkeit der einzelnen Verwaltungsorgane sowie aus der unharmonischen Einteilung in Bezirke ergeben. Zwecks Zusammenfassung sollen die Organe, die dem Innenminister unterliegen, den Starosten und Wojewoden untergeordnet werden und ein gewisser Einfluß auf die Ressorts, die dem Innenministerium nicht einverleibt werden können, gewährt werden. Was die Teilung in Bezirke betrifft, so ist die Beibehaltung der gegenwärtigen Teilung mit unwesentlichen Verbesserungen angezeigt. In dem Verwaltungsreformausschuß werden auch Angelegenheiten der wojewodschaftlichen Kreis- und Gemeinde-Selbstverwaltungen erörtert. Der Ausschuß gedenkt seine Arbeiten Mitte März zu vollenden.

In der Sitzung des Arbeitsschutzausschusses

wurde unter anderem ein Antrag angenommen, der die Aufhebung des Gesetzentwurfes über die Notbeihilfe der Arbeitslosen betrifft.

Die nächste Senatssitzung

findet am Freitag, dem 2. März, statt. Den Hauptberatungsgegenstand bildet die Frage des Geldverkehrs mit dem Auslande.

Erörterung des Sanierungsentwurfes.

Der vom Finanzministerium ausgearbeitete Sanierungsentwurf wird von Wirtschaftskreisen weiter erörtert. Im Zusammenhang damit stehen die Beratungen über die Bildung einer Emissionsbank vor Erreichung des Budgetgleichgewichts. Es sollen für wirtschaftliche Zwecke Goldbanknoten ausgegeben werden, die durch Metall und hochwertige Valuten gedeckt sein sollen. Die Kardinalfunktion dieser Banknoten soll, bevor ihnen der Charakter eines gesetzlichen Zahlungsmittels verliehen wird, die Erneuerung normaler Wirtschaftskredite und die Vorbereitung der Valutareform sein. Senator Karpiński unterstützte im Namen des Bankenverbandes die Pläne des Finanzministers Grabski, betonte aber, daß ihre Durchführung erst dann möglich sein werde, wenn die gesetzgebenden Institutionen für eine bestimmte Zeit auf ihr Vorrecht zugunsten des Finanzministeriums bei der Durchführung der Steuergesetze verzichten.

Warschau bekommt ein Województwo Grodzkie.

Das Regierungskommissariat für die Stadt Warschau wird in ein Województwo Grodzkie und vier Starosteien umgestaltet. Zum Wojewoden wird Marjan Borzemski ernannt werden.

Dankdepesche des Papstes an den Staatspräsidenten.

Der Präsident der Republik Polen erhielt, wie P. A. T. erfährt, vom Papst Pius XI. in Erwiderung eines Telegramms, in welchem er dem heiligen Vater aus Anlaß der Krönungsfeier Glückwünsche entbot, folgende Depesche: Sr. Exzellenz dem Präsidenten der Republik Polen in Warschau. Tief gerührt durch die Glückwünsche, welche Ew. Exzellenz uns gütigst zu entbieten geruhten, sagen wir heißen Dank. Es ist uns eine angenehme Genugtuung, die gegenseitige Versicherung unserer Gefühle und unseres besonderen Wohlwollens, das wir für die edle polnische Nation, für deren Entwicklung und große Zukunft hegen, zu erneuern. Pius XI.

Trampczyński Ehrenmitglied des Posener Stadtparlaments.

Am Montag hat eine Delegation des Posener Stadtparlaments mit Stadtpräsident Ratajski an der Spitze dem Senatspräsidenten Trampczyński das Diplom der Ehrenmitgliedschaft überreicht.

Trampczyński nimmt nur vierfache Diäten.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Senats hat dem Antrag des Senatspräsidenten Trampczyński, ihm statt der durch den Ausschuß vorgesehenen sechsfachen Diäten nur vierfache zu bewilligen, zugestimmt. Was die Urlaube der Senatoren betrifft, so wurde festgesetzt, daß jeder Senator, der sich auf Urlaub begeben will, ein begründetes Gesuch einreichen muß. Ueber das Schreiben des Ministerpräsidenten Sikorski inbetreff des Verhältnisses der Regierung zum Senat wird Senator Woźnicki von der Wyzwoleniegruppe Bericht erstatten.

Die Zloty-Kredite.

Die Industriellen machen immer mehr von den Zlotykrediten Gebrauch. Die polnische Landesdarlehnskasse hat in den Tagen vom 22. bis zum 24. d. Mts. Unternehmungen verschiedener Industriezweige Warensicherungs-Goldanleihen in Höhe von 4 Milliarden Mark gewährt. Regierungsinstitutionen erhalten in letzter Zeit immer häufiger Offerten von Landesfirmen in polnischen Gulden.

Die Teuerungszulage der Beamten für März.

Die Teuerungszulage der Staatsbeamten für den Monat März ist noch nicht festgelegt worden. Es wird zum mindesten eine 50prozentige sein.

Ueber die Einstellung der Getreideausfuhr

schreibt der „Polak" (Nr. 46):

Aus dem Finanzministerium erfahren wir, daß die Regierung die Ausfuhr von Getreide, das zur Bezahlung der im vergangenen Jahre eingeführten künstlichen Düngemitteln bestimmt war, eingestellt habe, um keine weitere Erhöhung der ohnehin hohen Preise für Brotgetreide hervorzurufen; dafür wandte sie sich an die Zuckerindustrie mit dem Vorschlag, eine entsprechende Zuckermenge für die Ausfuhr frei zu halten. Die Zuckerindustriellen, die die Tragweite der Versorgung der Landwirtschaft mit der notwendigen Menge künstlicher Düngemittel verstehen, stellten der Regierung 15 000 Tonnen zum Landespreis zur Verfügung. Die Zuckerproduktion hat sich derart gehoben, daß nach Berechnungen interessierter Kreise etwa 120 000 Tonnen ins Ausland ausgeführt werden können. Diese Schätzungen haben sich aber als ziemlich optimistisch erwiesen, weshalb die Regierung nur 80 000 Tonnen zur Ausfuhr freigegeben hat, außer den 15 000 Tonnen, die zur Deckung der aus dem Ausland eingeführten künstlichen Düngemittel, welche die Erhöhung der Ernteerträge für 1923 sicherstellen, dienen sollen. Der Export dieser bedeutenden Zuckermengen hat im Lande trotzdem keinen Mangel an diesem Artikel hervorgerufen. Aus den eingelaufenen Berichten kann gefolgert werden, daß ein gewisser Teil des Volkes (vor allem die Rübenpflanzer) seinen Bedarf gleich nach Beendigung der Kampagne auf viele Monate im voraus gedeckt hat. Trotzdem verfügen die Zuckerfabriken noch über derartige Vorräte, daß die Versorgung des Volkes mit Zucker sogar bis zur kommenden Kampagne in der Menge wie im vergangenen Jahre sichergestellt worden ist. Um aber das Land vor zeitweisem Mangel zu schützen, der lediglich durch Spekulation gewissenloser Gelegenheitshändler, die große Zuckervorräte aufbewahren, hervorgerufen wird, erließ die Regierung im Einvernehmen mit dem Vorstand der Zuckerfabriken Polens Bestimmungen betreffs der rationellen Zuckerwirtschaft, die darauf beruht, daß auf den Markt keine größere Menge Zucker geworfen wird, als es der Verbrauch verlangt. Der Vorstandsrat der Zuckerfabriken hat sich verpflichtet, zu diesen Verordnungen Stellung zu nehmen. Die Beunruhigung des Volkes des Zuckermangels wegen ist zurzeit unbegründet. Sie wird wie in vielen anderen Fällen durch unwahre Gerüchte, die von Zuckerspekulanten verbreitet werden, hervorgerufen.

Die Teuerung in Oberschlesien.

Nach Feststellungen des Statistischen Hauptamtes ist die Teuerung in Kattowitz im Monat Januar um 96 Prozent, in Rybnik um 115 Prozent, in Königshütte und Tarnowitz um 124 Prozent gestiegen.

Die Tätigkeit der Bielitzer Fabriken.

Die Bielitzer Textilfabriken, die sich im Vergleich zur Lodzer Textilindustrie in den letzten Jahren stets in einer günstigeren Lage befunden haben, weil sie nicht nur den Zusammenhang mit ihren alten Exportgebieten aufrecht erhalten konnten, sondern sich auch noch verschiedene neue Ausfuhrmöglichkeiten zu erschließen vermochten, sind auch zurzeit voll beschäftigt, während die Lodzer Fabriken, wie schon gemeldet, größtenteils zur Stillegung oder erheblichen Einschränkung ihres Betriebes sich wieder gezwungen sehen. Verschiedene Bielitzer Werke exportieren annähernd 90 Prozent ihrer Produktion. Der griechisch-türkische Konflikt hat allerdings die Ausfuhr nach dem Balkan, der Türkei und Syrien fast ganz unterbunden.

Zur Abwehr.

Der Oberpräsident von Ostpreußen hat auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Deutschen Republik das Erscheinen der in Allenstein herausgegebenen „Gazeta Olsztyńska" für die Dauer von zwei Wochen verboten. Dieses Verbot ist erfolgt auf Grund eines angeblich aus dem in Berlin erscheinenden „Dziennik Berliński" übernommenen Artikels der genannten Zeitung vom 9. 2. 23 Nr. 32, betitelt: „Schluß der Legenden."

Die hier in Frage kommenden Ausführungen des Allensteiner polnischen Blattes stellen eine Häufung schwerster Verunglimpfungen des Reichskanzlers Cuno und der Mitglieder der Reichsregierung dar, durch welche diese der allgemeinen Verachtung preisgegeben werden sollen, worüber sich der Verfasser des Aufsatzes auch nicht im Zweifel gewesen sein kann, eine Herabwürdigung der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform des Deutschen Reichs.

Wie ja nicht anders zu erwarten war, wird das zeitweilige Erscheinungsverbot der „Gazeta Olsztyńska" von einem Teil der polnischen Presse in unserem Lande in allerniedrigster Weise zu Angriffen auf die deutsche Presse Polens ausgeschlachtet. Hier sind es wieder die polnischen Ueberpatrioten, die sich als „Retter des Vaterlandes" aufspielen, indem sie nach Vergeltungsmaßnahmen schreien. So verlangt der in Graudenz erscheinende „Glos Pomorski" in einem vom Lodzer „Rozwój" willfährig abgedruckten haßerfüllten Artikel von der polnischen Regierung die unverzügliche Schließung der deutschen Blätter von der Art einer „Lodzer Freien Presse", eines „Posener Tageblatts" sowie der „Deutschen Rundschau" und der „Deutschen Nachrichten." Der Hetzartikel schließt mit den Worten: „Unsere Geduld ist zu Ende."

Dazu ist zu sagen:

Wir haben schon wiederholt Proben der Tonart gebracht, in der der „Dziennik Berl." und die „Gazeta Olsztyńska" sich erlauben, über Deutschland und über das deutsche Volk zu schreiben. Nie ist in einem der deutschen Blätter, die in Polen erscheinen, etwas auch nur entfernt Ähnliches gebracht worden. Es kann auch nie gewagt werden, denn sowohl das „Posener Tageblatt" als auch die übrigen in diesem Zusammenhang genannten Zeitungen sind sich jederzeit bewußt, was ihre Aufgabe ist. Die „Gaz. Olsztyńska" und der „Dziennik Berliński" übergießen Deutschland und das deutsche Volk mit Hohn und Beschimpfungen, wie jeder weiß, der jemals diese Blätter in der Hand gehabt hat, und würdigen die verfassungsmäßig festgestellte Staatsform des Deutschen Reiches herab. Die deutsche Presse in Polen tritt, wie es ihr Recht und ihre Pflicht ist, offen und sachlich für die in der Verfassung der Republik Polen und im Minderheitenschutzvertrag gewährleisteten Rechte der deutschen Minderheit in Polen ein. Sie steht auf dem Boden des Rechtes und der Verfassung und hat es nie an der Achtung vor der Verfassung und vor den Rechten anderer Gruppen der Bevölkerung fehlen lassen. Wenn es in Polen eine Presse gibt, die verfassungsmäßig zustandegekommene Einrichtungen des polnischen Staates in unerlaubter Weise bekämpft und Unternehmungen, die zweifellos staatsfeindlich sind, verherrlicht, — so ist es nicht die deutsche Presse.

„Jeder kehre vor seiner Tür!"

Die Kämpfe in der neutralen Zone.

Am Montag ist von einer litauischen Abteilung die Grenzwehr in Przełaje angegriffen worden. Der Angriff ist nach hartnäckigem Kampfe zurückgeschlagen worden. Die litauischen Überfälle der letzten Tage haben die Bevölkerung der polnischen neutralen Teilzone in höchste Erbitterung versetzt. In dem Litauen zugesprochenen Teile der neutralen Zone soll infolge der Nichtbesetzung durch die litauischen Behörden Verwirrung herrschen.

Sikorski an die Polizeiabteilungen und die Grenzwehr im besetzten Gebiet.

In Wilna ist ein Befehl des Ministerpräsidenten Sikorski an die Polizeiabteilungen und die Grenzwehr in dem polnischen Teil der neutralen Zone ausgegeben worden. Dort heißt es: „Die Pflicht der Besetzung des Polen zuerkannten neutralen Gürtels ist auf die Schultern der Verwaltung gefallen. Am 15. Februar sind Abteilungen der Staatspolizei und Grenzwehr an die Erfüllung ihrer Aufgabe getreten. Während der Besetzung ist es in vielen Ortschaften zu blutigen Zusammenstößen mit bewaffneten Banden gekommen, die von der gegenüber der Entscheidung des Völkerbundes eine illoyale Haltung einnehmenden litauischen Regierung organisiert wurden. Es ist sogar zu Kämpfen mit regulären litauischen Truppen gekommen, die sich ohne Berechtigung in der neutralen Zone befanden. Die Besatzungsabteilungen haben hohes Pflichtgefühl, Mut und Aufopferung bewiesen, haben zahlreiche blutige Opfer im Dienste der hehren Republik gebracht und die ihnen übertragene Aufgabe erfüllt. Ich danke ihnen mit Worten aufrichtiger Hochachtung im Namen der Regierung."

Protest Schirwindts in Wilna.

Am Dienstag ist in Wilna eine Delegation der Gemeinde Schirwindt eingetroffen. Die Delegation, die sich aus 60 Personen zusammensetzt, ist vom Regierungsdelegierten Roman empfangen worden. Sie bat um Intervention der polnischen

Regierung beim Völkerbunde wegen der in der Gemeinde Schirwindt, die den Litauern zuerkannt worden ist, herrschenden Zustände.

Eindringen von litauischen Soldaten in polnisches Gebiet.

Am Sonntag haben 60 litauische Soldaten und 9 Auskundschafter die Eisenbahnlinie nördlich von Ignalin überschritten, sich in Richtung des Gutes Kożyczin ins Innere des polnischen Territoriums begeben und sich in umliegenden Wäldern versteckt. Der unternommene Streifzug ergab die Festnahme von sieben litauischen Soldaten. Der Rest ist umzingelt.

Kowno und Tschitscherin.

Der „Dziennik Kowieński" bespricht die Note Tschitscherins über die neutrale Zone und weist darauf hin, daß Tschitscherin immer dort ungebeten erscheine, wo ihn niemand erwarte. Seine Note berufe sich auf den Rigaer Vertrag, um angebliche Friedensneigungen zu demonstrieren. Tschitscherin ginge es nur darum, einen bestimmten politischen Druck auszuüben. Der letzte Satz scheint darauf hinzuweisen, daß Tschitscherin in litauischen Regierungskreisen Nachgiebigkeit gegenüber Polen und dem Völkerbunde erzielt hat.

Englische Stimmen gegen Frankreich.

„Daily Chronicle" fragt, ob Bonar Laws „wohlwollende Neutralität", die England verpflichte, Frankreich am Rhein gewähren zu lassen, so weit gehe, daß einer derartigen Grausamkeit Vorschub geleistet werden müsse. Die Nachrichten über die Entsendung schwarzer Truppen, darunter Vollblutneger, über die Politik der Umzingelung, der Komplikationen, der Einschüchterung und des Raubes, die in Essen, Bochum und anderswo mit widerlicher Brutalität ausgeübt würde, müßten auf die Engländer einen peinlichen Eindruck machen.

Sei es nicht ein furchtbarer Gedanke, daß der Dienst, für den die englischen Soldaten ihr Leben gaben und durch den sie den Krieg zu beenden hofften, von Poincaré heute in einer Weise ausgenutzt werde, die mit Sicherheit wieder künftige Kriege hervorrufen werde.

Die Zeit komme sicher, wo Großbritannien dem französischen Vorgehen nicht länger mehr jene Art von Zustimmung gewähren werde, die sich in Stillschweigen ausdrücke.

„Observer" schreibt, die britische Ehre und die britischen Interessen ständen am Rhein auf dem Spiel. Bonar Laws Kabinett sei verpflichtet zu handeln. England dürfe nicht hilflos in einer Lage, wie sie Großbritannien nie zuvor gekannte habe, verharren. Frankreich habe nicht den Schatten eines Rechts darauf, nach Belieben über das Ergebnis des gemeinsamen Sieges ohne Rücksicht auf die Wünsche Großbritanniens und Amerikas zu verfügen. Ohne die Anstrengungen und Opfer Großbritanniens und Amerikas wäre Frankreich statt heute am Rhein zu stehen im Kriege vernichtet worden. Poincarés Politik sei eine direkte Bedrohung des Erwerbslebens und der kommerziellen Wiederherstellung Englands und ein Hohn auf jede Moral und jedes Ideal.

Nach Bonar Law muß Frankreich die Besetzung selbst bezahlen.

Auf verschiedene Anfragen erwiderte nach W. T. B. der englische Premierminister im Unterhaus, daß die Kosten der Besatzungsheere die Priorität vor den Reparationen hätten. Durch das interalliierte Übereinkommen vom 11. März 1922 seien sie jedoch auf gewisse festgesetzte Summen beschränkt worden, die nur vermehrt werden könnten, um die Ausgaben für irgendwelche von den alliierten Mächten beschlossene Maßnahmen zu bestreiten. Für Maßnahmen, die von der belgischen und der französischen Regierung ohne vorherige Zustimmung der anderen alliierten Mächte getroffen wurden, könnte daher keine Erhöhung der Ausgaben eintreten. Jeder Vorschlag in diesem Sinne müsse sorgfältig geprüft werden.

Benn fragte, wer die Kosten der französischen Besetzung des Ruhrgebiets tragen werde, das Reparationskomitee oder der französische Steuerzahler? Bonar Law erwiderte, er könne seiner Antwort nichts hinzufügen.

Wedgewood fragte, ob diese Antwort bereits der französischen Regierung mitgeteilt worden sei und ob die französische Regierung wisse, daß England diese Haltung einnehme. Bonar Law antwortete: Nein, sie ist nicht mitgeteilt worden.

Benn fragte: Haben wir irgendwelche Garantien, daß sie unsere Reparationsansprüche nicht verhindern wird? Bonar Law erwiderte: Nein, keinerlei.

Auf eine Anfrage, ob Erörterungen stattgefunden hätten mit irgendwelchen der Alliierten bezüglich eines Ergänzungsvertrages zu dem Versailler Vertrag zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien, der die Kontrolle der Eisenbahnen im Rheinland und im Ruhrgebiet berühre, erwiderte Bonar Law verneinend.

Eine ernste Mahnung des Abgeordneten Erkelenz an England.

Der zur Zeit in London weilende demokratische Abgeordnete Erkelenz gewährte einigen englischen Pressevertretern eine längere Unterredung, in der er sich besonders mit der Besetzung des Ruhrgebietes beschäftigte. Erkelenz führte u. a. aus: Er habe die feste Zuversicht, daß die Reichsregierung aushalten werde, solange sie von Deutschland dazu ermahnt werde. Leider könne das bei dem rücksichtslosen Vorgehen der Franzosen auf die Dauer nicht gewährleistet werden. Daher sei Deutschlands einzige Hoffnung, daß sich die übrige Welt auf ihr Verantwortlichkeitsgefühl besinne, um Deutschland vor einer Zerstückelung, dem Ziele Frankreichs, zu bewahren. Die Reichsregierung sei immer zu Verhandlungen bereit gewesen und habe immer ihre Bereitwilligkeit bewiesen, Reparationen im Rahmen des Möglichen zu zahlen. Hätte Bonar Laws Vorschlag auf der Londoner Konferenz Poincarés Billigung gefunden, so wäre eine Lösung des Reparationsproblems ohne Zweifel zustande gekommen. Aber Frankreich wolle keine Reparationen, denn Poincaré habe am 28. Juli 1922 französischen Journalisten erklärt, daß der einzige Weg, den Versailler Vertrag zu retten, der sei, daß es Deutschland unmöglich gemacht werde, den Vertrag auszuführen. Dann erklärte damals Poincaré, schreiten wir zur unbegrenzten Besetzung des linken Rheinufers, und er, Poincaré, ziehe eine Besetzung jeder Reparationszahlung vor. Erkelenz schloß, daß er von einem eventuellen Erfolg Frankreichs das schlimmste befürchte. Es sei möglich, daß die Radikalen von rechts und links versuchen werden, das demokratische Regime zu stürzen. Er glaube, daß bei einem Kampfe der beiden extremen Kräfte die Monarchie, für die so viele Deutsche eine grollende Liebe sich bewahrt haben, siegreich hervorgehen werde. England möge sich diese Warnung zu Herzen nehmen und versuchen, eine solche Bewegung durch eine kluge vorausschauende Politik einzudämmen, ehe es für einen internationalen Eingriff in den Kampf zu spät sei.

Der langsame Verlauf der Verhandlungen in Köln.

Wie der „Matin" aus London erfährt, erregt die Langsamkeit, mit der die Verhandlungen in Köln wegen der französisch-englischen Eisenbahnfragen vor sich gehen, in Paris wie in London große Überraschung. Poincaré hätte sehr dringliche Mitteilungen nach London gerichtet, in denen er neue Konzessionen für die französischen Militärzüge verlangte.

Frankreich zwischen Furcht und Hoffnung.

Frankreich wartet auf Vorschläge Deutschlands.

Wie der Pariser Korrespondent der „Danz. Ztg." meldet, ist nach französischer Auffassung eine Wiederaufnahme der Reparationsverhandlungen nur möglich, wenn Deutschland der Pariser Regierung oder auch der Reparationskommission direkte Vorschläge unterbreitet, die als Diskussionsbasis angenommen werden. Man ist am Quai d'Orsay, wie ausdrücklich betont wird, davon überzeugt, daß die Reichsregierung nicht daran denkt, Vorschläge zu machen. Man behauptet aber, zu wissen, daß innerhalb des Kabinetts Cuno Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, ob Deutschland einen Schritt zur Herbeiführung einer Entspannung vornehmen soll oder nicht.

Die „Journée industrielle" wirft in einem Leitartikel der französischen Regierung vor, sie verschleppe die wichtigste Entscheidung unter dem Vorwande, daß man die Dinge reifen lassen müsse. Hinter der Weisheit, die in dieser Haltung scheinbar offenbar werde, verstecke sich allzuoft Unerfahrenheit. Für das Ruhrgebiet wäre die These vom Reifenlassen nur anwendbar, wenn es sich darum handelt, eine Reihe von aufeinander folgenden Ergebnissen zu erzielen, deren Anwendung jeweils eine bestimmte Frist erfordere. Durch die jetzige Methode der Regierung, die die Hoffnung auf Geduld für notwendig erklärt, und eine lange Dauer der Ruhraktion in Aussicht stellt, ohne greifbare Ergebnisse angeben zu können, werde die Stimmung beeinträchtigt. Das Blatt wirft der Regierung vor, die gleiche Verschleppungstaktik gegenüber den finanzpolitischen Schwierigkeiten und der Teuerung zu befolgen.

„Journée Industrielle" schreibt in einem anderen Leitartikel, in Berlin seien Nervosität und Überreizung zu konstatieren. Daraus dürfe man aber nicht schließen, daß Deutschland nachgeben werde. Wahrscheinlich sei, daß Deutschland neue Mittel zur Bekämpfung der Ruhraktion vorbereite. Man müsse darauf gefaßt sein, daß Deutschland in der nächsten Zeit vielleicht einen „schweren Irrtum" begehen werde, der Frankreich zwingen könnte, dorthin zu gehen, wohin es seine Aktion nicht verlegen möchte. Der „Wendepunkt" müßte nach der „Journée Industrielle" normalerweise in einem Monat oder in einem halben Monat eintreten. Sie hält es aber für möglich, daß er auf einige Wochen hinausgeschoben wird. Das Blatt kommt zu dem Schluß, Frankreich müsse fest bleiben und auf den Ausgang vorbereitet sein. Poincaré dürfe sich nicht der Gefahr aussetzen, gleich Clemenceau durch den Sieg überrascht zu werden.

Die französische Industrie leidet unter der Ruhrbesetzung.

Aus einem Rundschreiben des Comité des Forges geht hervor, daß die französische Industrie infolge der Ruhrbesetzung bereits empfindlich an Stahlmangel leidet. In dem Rundschreiben heißt es, daß aus Koksmangel die Fabriken die Fabrikation verlangsamen müßten, und, wenn nicht bald eine Aenderung eintrete, sie sich sogar zum Feiern veranlaßt sehen würden. Infolgedessen müßte formell höhere Gewalt bei den Lieferungsverträgen jetzt Platz greifen und jede Verantwortung seitens der Fabriken würde abgelehnt.

Die Unzufriedenheit mit der Ingenieurkommission.

„Journé Industrielle" führt aus, Frankreich habe auf die Ausbeutung des Ruhrgebietes offenbar verzichtet. Die Ingenieurkommission bleibe lediglich in Essen, damit der Anschein eines Rückzuges verhütet werde und die Aktion äußerlich ihren technischen Charakter beibehalte. In Wahrheit halte man ein Gebiet von großer wirtschaftlicher Bedeutung besetzt, um auf das Deutsche Reich „einen Druck auszuüben", wobei man darauf bedacht sei, die Verbündeten, die Neutralen und Frankreich selbst möglichst wenig dadurch zu schädigen.

Auch der Sonderberichterstatter des „Journal des Debats" in Düsseldorf übt an dem Besetzungssystem scharfe Kritik. Nach seiner Ansicht hätte man Anlaß, auf die Kontrolle der Bergwerke und Fabriken, sowie der Mission Coste zu verzichten. Die Mission hätte sich in dem Augenblick zurückziehen sollen, in dem das Syndikat seinen Sitz nach Hamburg verlegte. Sie habe das nicht getan. Man habe die Ingenieure zur Kontrolle der Produktion an Ort und Stelle verwenden wollen. Dadurch seien zahlreiche Zwischenfälle entstanden, besonders Gewalttätigkeiten oder grobe Weigerungen, den Ingenieuren den Zutritt zu den Betrieben zu gestatten, oder ihnen die verlangten Auskünfte zu erteilen.

Die Kommission sei heute in den Augen der Deutschen lächerlich. Ihre Tätigkeit sei verhaßt. Im übrigen erscheine auch vom rechtlichen Standpunkt aus eine solche Kontrolle ziemlich zweifelhaft. Sie trüge auch dazu bei, den Franzosen Schwierigkeiten zu machen. Schließlich sei eine derartige Kontrolle auch unwirksam.

Der Korrespondent meint, die richtige Lösung wäre die, die wirkungslose, vielleicht sogar gefährliche Kommission Coste zurückzuziehen.

General Payot prahlt.

General Payot veröffentlicht einen Tagesbefehl, in dem er den Eisenbahnern seinen Dank ausspricht und daran erinnert, was sie geleistet hätten. Als der Streik erklärt wurde, seien 126 Eisenbahnoffiziere und 1136 Mannschaften sowie 1200 französische und belgische Sappeure vorhanden gewesen. Allmählich sei deren Zahl verstärkt worden. Auch der Zugverkehr habe verdichtet werden können. Infolgedessen könnten jetzt sechs Züge zwischen Mainz und Frankreich, zwei Züge zwischen Koblenz und Frankreich, vierzehn Züge zwischen Koblenz, Belgien und Frankreich, sechs Züge zwischen Düren, Belgien und Frankreich verkehren. Damit sei das Bedürfnis der Besatzungsarmeen befriedigt. Acht Lebensmittelzüge und sechs Urlauberzüge sowie 120 tägliche Züge für Zivilreisende und Lebensmitteltransporte seien im Betrieb. Da Deutschland keine Kohle und keinen Koks nach Frankreich und Belgien liefere, hätten die Eisenbahner 2146 Waggons mit Kohlen auf den Ruhrbahnhöfen beschlagnahmt. In vierzehn Tagen seien 54 000 Tonnen Kohlen nach Frankreich und Belgien gelangt. (Eine lächerlich geringe Menge! Sonst gingen monatlich 1.6 Millionen Tonnen oder mehr nach Frankreich. D. Red.) Mit 227 Offizieren und 10 000 Eisenbahnern werde das von 120 000 deutschen Eisenbahnern betriebene Werk in Gang gehalten. (Aber fragt mich nur nicht wie! Man denke an die häufigen Zusammenstöße der von Franzosen geführten Züge. D. Red.)

Das übliche Eisenbahnunglück.

Kurz vor der Einfahrt in den Hauptbahnhof Koblenz ereignete sich, wie die „Dt. Allg. Ztg." meldet, am Montag abermals ein Eisenbahnunglück. Zwei von landfremdem Personal geführte Güterzüge stießen mit aller Wucht zusammen, so daß mehrere Wagen ineinandergeschoben wurden, wodurch erheblicher Materialschaden entstand. Vor allem wurde ein französischer Automobiltransport, der mit einem Güterzug befördert werden sollte, ziemlich zertrümmert. Die Strecke ist für längere Zeit gesperrt.

Zersetzungserscheinungen.

Nach einem Essener Bericht der „Dt. Allg. Zt." erfuhr ein Neutraler, der täglich nicht nur Offiziere, sondern namentlich auch Mannschaften der Einbrecherarmee spricht, daß die französische Heeresleitung ein Neger-Regiment ins Ruhrrevier schickte, weil sich unter den weißen Truppen Zersetzungserscheinungen zeigen. Die nur für acht Wochen eingezogenen Reservisten versichern, nach ihren Erfahrungen könne sie keine Macht der Erde in der „Hölle an der Ruhr" länger als 56 Tage unter der Fahne halten. Da diese älteren Leute entsprechend nach Hause schreiben, stößt die Einziehung weiterer Reservisten auf Schwierigkeiten.

Auch unter den Eisenbahnern herrscht eine Gärung. Nach einer Meldung aus Herne lassen die Franzosen ihr Eisenbahnpersonal durch neue Kräfte ablösen. Die französischen Eisenbahner im neubesetzten Gebiet sind bekanntlich zu einer „militärischen Übung" bis Ende Februar einberufen worden. Durch die lange Dauer der „Übung" sind die Beamten derartig unzufrieden und aufsässig geworden, daß die Kommandos es vorgezogen haben, schleunigst für Ersatz zu sorgen. Die Zahl der Desertionen vermehrte sich in der letzten Zeit beträchtlich.

Radek wird die Einreise verboten.

Die interalliierte Rheinkommission habe Radek und seinen Begleitern die Genehmigung für die Einreise in das Ruhrgebiet versagt.

Einberufung belgischer Beamten für Deutschland.

Wie die Agence Belge meldet, hat die belgische Militärbehörde am Dienstag einer Anzahl von Beamten der belgischen Staatseisenbahn und des Post-, Telegraphen- und Telephondienstes durch Vermittlung ihrer vorgesetzten Behörden die Einberufung zum Dienst in den besetzten Gebieten Deutschlands zukommen lassen.

Direkte Eisenbahnverbindung Essen—Paris und Essen—Brüssel.

Der „Chicago Tribune" zufolge ist von Dienstag ab eine direkte Eisenbahnverbindung zwischen Essen und Paris sowie Essen und Brüssel eingerichtet. Ein Zug wird täglich auf der Strecke Essen—Neudüren verkehren, wo er direkte Verbindung nach Frankreich und Belgien haben wird.

Französische Angriffe gegen den Kölner Erzbischof.

Wie der „Lokal-Anzeiger" meldet, richtet ein Teil der französischen Presse gegen den Kölner Erzbischof Schulte heftige Angriffe. Es wird ihm eine mißbräuchliche Ausnutzung religiöser Anschauungen zu politischen Zwecken vorgeworfen; es wird behauptet, daß er den deutschen Widerstand an der Ruhr zu einem religiösen Kriege umstempeln möchte. Diesen Angriffen gegenüber stellt die „Kölnische Zeitung" u. a. folgendes fest: „In seinen jüngsten Kundgebungen hat der Kardinal sich darauf beschränkt, die Not der bedrängten Bevölkerung am Rhein und an der Ruhr zu schildern. Eine eingehende Erörterung dieses Gegenstandes würde zu Ergebnissen führen, die den französischen Katholiken nicht gerade angenehm sein könnten."

Frankreich auf der Suche nach neuen Bündnissen.

Die Pariser Presse fährt fort, Zukunftsmöglichkeiten Frankreichs auf dem Kontinent zu erörtern. Der Gedanke einer Annäherung an Rußland wurde am Montag von zwei dem Elysee nahestehenden Journalisten, nämlich von Hervé in der „Victoire" und von Pertinax im „Echo de Paris", besprochen, während Jules Sauerwein nur bestätigt, daß Poincaré nach wie vor ablehnt, „Rußland zu ignorieren", und in Erwartung späterer Möglichkeiten eine private Initiative für die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland ermutigt.

Zur Frage einer innigeren Gestaltung der Beziehungen zu Italien bemerkt die „Action française", die ablehnende Haltung der italienischen Regierung komme nicht überraschend. Am Tage der Ruhrbesetzung sei dem französischen Geschäftsträger in Rom offen erklärt worden, Italiens bedingte Zustimmung zur Aktion bedeute keineswegs vollständige Mitwirkung und vor allem nicht die Billigung eines neuen politischen Systems.

Philipp Millet, der als Hauptvorkämpfer der englisch-französischen Entente gilt, macht sich in der Zeitung „Paris midi" über die fieberhafte Suche nach neuen Bündnissen lustig. Nach seiner Ansicht wären zur Herstellung inniger Beziehungen mit Italien oder zur Herbeiführung der russisch-französischen Wiederannäherung viel größere Schwierigkeiten als zur Aufrechterhaltung der englisch-französischen Entente zu überwinden. — Diese „fieberhafte" Suche nach neuen Bündnissen ist ein deutliches Zeichen, wie unwohl sich Frankreich infolge der politischen Trennung von England fühlt. D. Red.

Harding und der Völkerbund.

Der Telegraphen-Union geht aus London folgende Meldung in veränderter Fassung über einen Plan des Präsidenten Harding zu. In kurzer Aufmachung bringen die heutigen Zeitungen ein Telegramm aus Washington, nach dem Präsident Harding in einer Botschaft an den Kongreß um die Autorisation der Regierung der Vereinigten Staaten zur Errichtung eines ständigen internationalen Schiedsgerichtshofes unter den Auspizien des Völkerbundes ersucht.

Nach einer Neuyorker Meldung der „Dt. Allg. Ztg." kann Hardings verspäteter Vorschlag für Eintritt Amerikas in einen internationalen Schiedsgerichtshof erst Berücksichtigung finden, wenn der Senat im September wieder zusammentritt.

Angeblicher Interventionsplan Hardings.

Die englischen Blätter berichten über einen sensationellen Interventionsplan des Präsidenten Harding. Der englische Premierminister Bonar Law soll den Plan unterstützen. Die offizielle Bekanntgabe des Planes werde innerhalb der nächsten 14 Tage erwartet. Die Gerüchte über Absichten der amerikanischen Regierung, im Ruhrkonflikt zu intervenieren, werden in Berlin mit großer Vorsicht aufgenommen. Die Äußerungen des amerikanischen Botschafters in London, Harvey, der die amerikanische Intervention angeregt haben soll, sind weder an deutschen amtlichen Stellen, noch in Finanzkreisen bekannt.

Der Kampf um den Lausanner Vertrag.

Ueber die Lage im nahen Orient berichtet der Berichterstatter des „Petit Parisien" aus Konstantinopel folgendes: Gegenüber den erregten Erörterungen hat der Rat der Volksbeauftragten von Angora, der Mustapha Kemal, Ismed-Pascha, Rauf-Bei und die anderen Minister umfaßt, seinen ursprünglichen Gegenvorschlag, den er in der Nationalversammlung einbringen wollte, in vielen Punkten abgeändert. Dieser Gegenvorschlag würde zunächst die Annahme der Klauseln des Lausanner Vertrages vorschlagen, über die das Einverständnis mit den Alliierten bereits erreicht war. Gewisse Punkte zweiter Ordnung müßten aber immerhin eine Abänderung erfahren.

Der bedeutendste neue Vorschlag ist der, der darauf hinausgeht, die wirtschaftlichen und finanziellen Fragen des Vertrages zunächst beiseite zu stellen. Diese würden zwischen

den Türken und den Alliierten nach der Unterzeichnung des Vertrages geregelt werden.

In der Nationalversammlung von Angora ist gestern unter dem Namen „Gruppe der Unabhängigkeit“ eine neue politische Gruppe gebildet worden. Sie soll die militärischen Elemente der Nationalversammlung umfassen, die dem Lausanner Vertrag abgeneigt sind. Die Erörterungen in der Nationalversammlung werden lebhaft sein und lange dauern. Ismed-Pascha, Mustapha Kemal-Pascha und die Kommissare werden hartnäckig um die Annahme ihres Vorschlages kämpfen müssen.

General Pellet hat bei Adnan-Bei gegen die Angriffe gewisser türkischer Zeitungen gegen Frankreich protestiert. Diese Blätter beschuldigen Frankreich, daß es der Grund für das Fehlschlagen der Lausanner Verhandlungen sei.

Die Zurückziehung der Kriegsschiffe von Smyrna.

Die aus Smyrna vorliegenden Nachrichten verraten eine recht fühlbare Entspannung der dortigen Lage. Die Engländer ziehen ihre sämtlichen Kriegsschiffe bis auf eines zurück. Frankreich und Italien werden diesem Beispiel folgen. Französischerseits soll später nur noch der Kreuzer „Mühlhausen“ in Smyrna verbleiben. Die Türken werden dafür die zwei englischen Flieger freilassen, die seit ihrer Notlandung in türkischen Linien von ihnen gefangen gehalten wurden.

Gefangenenaustausch zwischen Griechenland und der Türkei.

Der Gefangenenaustausch zwischen Griechenland und der Türkei begann am Mittwoch und soll unter der Leitung des Roten Kreuzes bis Ende dieser Woche durchgeführt werden. Die Griechen müssen 4500 Zivilpersonen, 349 Offiziere und 9700 Unteroffiziere und Mannschaften freigeben.

Das litauische Memel.

Nach einer Meldung der „Gazeta Gdańska“ hat das Landesdirektoriat in Memel beschlossen, in allen Gymnasien in Memel die litauische Sprache als Pflichtfach einzuführen. Für die deutsche Sprache sind 25, für die litauische 36 Unterrichtsstunden vorgesehen.

Ebenso wurde im Direktoriat in den letzten Tagen über die Einführung der litauischen Valuta verhandelt, und zwar soll das sofort eintreten. Gleichzeitig wird die Zollgrenze zwischen Litauen und Memel aufgehoben.

Große Arbeiterkundgebungen in Memel.

Nach einer Meldung der „Königsberger Hartungschen Zeitung“ kam es in Memel am Montag zu großen Kundgebungen. Ein Trupp Arbeitsloser zog in die Industriebetriebe und holte die Arbeiter heraus, um gegen die vom Landesdirektorium angeordnete Entziehung der verbilligten Brotkarte zu protestieren. Der Trupp zog nach dem Elektrizitätswerk, wo sich die dortigen Arbeiter gleichfalls anschlossen, nachdem sie vorher noch die Feuerung aus den Öfen herausgenommen hatten. Von hier aus begab sich der Zug, der immer stärker wurde, zur Lindenau-Werft, wo sich ihm ebenfalls die Arbeiter anschlossen. Nunmehr zogen die Demonstranten zum Landesdirektorium und schickten eine Abordnung zum Landespräsidenten. Inzwischen waren litauische Jäger in Stärke von etwa 100 Mann erschienen. Diese nahmen vor dem Landesdirektorialgebäude Aufstellung. Als die Demonstranten sich immer dichter zusammendrängten, gaben sie eine Salve in die Luft ab. Außerdem wurde eine große Anzahl von Demonstranten verhaftet. Die Teilnehmer an der Kundgebung gingen nunmehr auseinander, sammelten sich jedoch wieder in der Marktstraße und zogen zum Neuen Markt. Von der Kommandantur wurde eine Abteilung Husaren nach dem Neuen Markt geschickt. Diese kam im Galopp angesprengt und nahm vor dem Neuen Markt Aufstellung. Die Demonstranten wurden aufgefordert, den Platz zu räumen. Als sie der Aufforderung nicht nachkamen, wurde Befehl zur Attacke erteilt. Die Menge stob hierauf auseinander, sammelte sich aber in den angrenzenden Straßen von neuem. Vereinzelt erklangen Hochrufe, die bald allgemein laut wurden und sodann sang die mehrere tausend Mann starke Menge das Deutschlandlied. Wer nicht mitsingen konnte, sprach die Worte mit. Hierauf setzten sich die Husaren wieder in Reihen zu vieren zusammen, so daß es aussah, als ob sie abrücken wollten. Darauf stimmte die Menge das Lied an: „Nun ade, du mein lieb Heimatland“. Die Husaren zogen aber nicht ab, sondern nahmen in zwei Reihen auf der Mitte des Platzes Aufstellung. Die Menge blieb gleichfalls versammelt und wartete auf die Kommission, die sich zu Verhandlungen ins Landesdirektorium begeben hatte. Später rückten die Husaren ab, kehrten aber zurück, als aus der Menge heraus Reden gehalten wurden, und zerstreuten die Ansammlung. In der Stadt herrschte große Erregung. Die Stadt war ohne Licht. Im Gas- und Wasserwerk wird vorläufig noch gearbeitet. Vormittags waren an einzelnen Straßenecken mit Maschinenschrift geschriebene Zettel angeschlagen, in denen zum Wiederanschluß an Deutschland aufgefordert wurde. Unter den aus Memel Ausgewiesenen befinden sich, wie berichtet wird, drei Memeler Polizeibeamte und ein Polizeiwachtmeister aus Bajohren. Die übrigen Fälle betreffen jüdische Kaufleute, deren Pässe nicht in Ordnung gewesen sein sollen.

Sowjetrußland.

Ruhrdemonstrationen und antibolschewistische Kundgebungen.

Am 5. Februar wurden in ganz Rußland von der Sowjetregierung Kundgebungen gegen den Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet veranstaltet. An manchen Orten, zum Beispiel in Moskau, nahmen diese Kundgebungen einen imposanten Verlauf. In manchen Städten aber, zum Beispiel in der großen Arbeiterstadt Jekaterinenburg, verwandelte sich die Veranstaltung in eine Demonstration gegen die Kommunisten und die Sowjetregierung. In Jekaterinenburg führte ein Redner aus, daß man die Bevölkerung nicht mit den Bajonetten allein zwingen könne, den Willen derer zu erfüllen, die die Macht an sich gerissen haben. Der Redner wies darauf hin, daß die Miliz und die Rote Armee einst mit Waffengewalt die Händler auf dem Markte verjagten, während jetzt dieselbe Miliz und dieselben Rotarmisten die Markthändler und alle Kaufleute mit ihren Waffen schützen. Redner äußerte die Ansicht, daß bald der Moment anbrechen werde, wo jeder Bürger der Föderativrepubliken offen seine politische Meinung äußern dürfen wird, und sein freies Wort werde durch die Waffen der Volksarmee geschützt werden. Laute Beifallsrufe bewiesen dem Redner, daß er dem Volke aus dem Herzen gesprochen habe, und eine dichte Volksmenge umringte ihn, um ihn vor den Verfolgungen der politischen Sowjetpolizei und ihren Spitzeln zu schützen.

Revisionen bei den bolschewistischen Führern.

„Stockholms Tidningen“ veröffentlicht eine sensationelle Nachricht über Revisionen betreffs der Tätigkeit der ersten bolschewistischen Männer der Öffentlichkeit, die von einer Kommission der dritten Internationale ausgeführt wurden. Diese Kommission hat angeblich festgestellt, daß Sinowiew seiner Freundin ein kostbares Brillantkollier gekauft hat. Radek kann sich nicht über den Verbleib von 2 400 000, die in Ägypten und Bulgarien ausgegeben wurden, rechtfertigen. In Wirklichkeit soll er dieses Geld zum Ankauf von Aktien von Unternehmen ausgegeben haben, an denen Trotzki interessiert ist. Der bekannte französische Kommunist Sadoul soll eine Million Goldrubel unter dem Vorwande einer Vorbereitung der Revolution in den französischen Kolonien vergeudet haben.

Reform der orthodoxen Kirche.

Aus Moskau wird gemeldet, daß die Kirchenverwaltung Sowjetrußlands für den 15. April ein geistliches Konzil einberuft, dessen Aufgabe in der Reform der orthodoxen Kirche und besonders in der Anpassung derselben an die gegenwärtigen Umstände bestehen soll.

Der Krach des staatlichen landwirtschaftlichen Syndikats.

Wie über Riga gemeldet wird, hat der Vorsitzende des staatlichen landwirtschaftlichen Syndikats in Sowjetrußland auf einer Sitzung des Präsidiums des Rats für Arbeit und Landesverteidigung nachstehende Erklärungen über den vollkommenen wirtschaftlichen Krach in Sowjetrußland abgegeben:

„Die Finanzlage des Syndikats ist kritisch. Die von der Staatsbank im Jahre 1922 erteilten Kredite genügten kaum, um 8 bis 9 Prozent der Bedürfnisse zu befriedigen. Der Verwalter der Finanzabteilung war daher gezwungen, bei Privatpersonen Kredite zu sehr hohen Zinsen aufzunehmen. Es handelte sich um 50 bis 80 Milliarden, um die Angestellten zu entlohnen. Die Notwendigkeit, die Anleihe zum Goldrubelkurse zurückzuerstatten, hat bei dem ungeheuren Emporschnellen dieses Kurses zur Folge gehabt, daß die Produkte des Syndikats, insbesondere das Korn, bedeutend verteuert wurden. Die vom Landwirtschafts-Volkskommissar erhaltenen Mittel konnten diese Lage nicht bessern, da sie nicht in barem Gelde oder leicht realisierbaren Gegenständen bestand, sondern in der Überweisung vollständig zerstörter Landstellen und Güter, auf denen nicht nur alles bewegliche Eigentum gestohlen war, sondern sogar die Gebäude auseinandergenommen und fortgeschleppt waren. Das Anwachsen der Steuern und der Löhne zwang das Syndikat, die Kornvorräte 20 Prozent unter dem Marktpreise zu verkaufen. Die Mehrzahl der Arbeiter wartete nicht das Eintreffen der Gelder zur Löhnung ab und ging auseinander, wobei als Arbeitslohn das Vieh und die landwirtschaftlichen Geräte von den Arbeitern einfach mitgenommen wurden. So ist die Mehrzahl der kultivierten Wirtschaften jetzt ohne lebendes und totes Inventar geblieben. Gegenwärtig brauchen wir notwendig Kredite zur Abrechnung mit unseren Gläubigern und mit der Regierung, ferner zur Anschaffung des Inventars, der Pferde und des Viehs, zum Ankauf von Aussaat, zur Remonte der Häuser und des Inventars, die überall der Ausbesserung dringend bedürfen. Falls uns die Regierung den Kredit versagt, so werden wir gezwungen sein, sofort zur Liquidierung des Syndikats zu schreiten, und die Regierung bitten, ihrerseits den Schutz der Wirtschaften zu übernehmen, um sie vor der vollständigen Ausraubung zu bewahren.“

12stündiger Arbeitstag auf den russischen Eisenbahnen.

Aus Moskau wird gemeldet, daß auf den russischen Eisenbahnen der 12stündige Arbeitstag eingeführt werden soll. Die Eisenbahnerverbände sollen mit dieser Einführung einverstanden sein.

Vom Auslandsdeutschtum.

Deutsche und Dänen.

Der Halbmonatsschrift „Der Auslandsdeutsche“ wird berichtet:

Eine bedeutsame Veranstaltung fand in Kopenhagen statt. Der Studentenverein „Studentersamfundet“ hatte den deutschen Vertreter im Folketing, Pastor Schmidt-Wodder, eingeladen über die Beziehungen zwischen Deutschen und Dänen in Schleswig zu sprechen. Ein zahlreiches, nicht nationalistisch gesinntes Publikum hatte sich eingefunden, das dem deutschen Vertreter zum ersten Male außerhalb des dänischen Reichstages Gelegenheit gab, den deutschen Standpunkt zu vertreten. Eine Aussprache schloß sich an, an der sich Bürgermeister und Professoren, sowie der frühere Außenminister Scavenius beteiligten. Der Redner entledigte sich seiner Aufgabe so, daß er reichen Beifall fand, und auch die Diskussionsredner erkannten an, daß der deutsche Standpunkt nicht maßvoller und klüger, aber auch energischer vertreten werden könne, und daß die unanfechtbare Ehrlichkeit der Überzeugung des deutschen Abgeordneten außer jedem Zweifel stehe. Die deutschen Revisionsforderungen verwarfen allerdings alle Redner in der Aussprache, zollten jedoch ihre Sympathie den Ausführungen Schmidts, der hervorhob, wie die Völker die deutsche Ehre durch das Friedensdiktat verletzt hätten. Der Vorsitzende betonte zum Schluß, er hoffe, Schmidt-Wodder habe den Eindruck, zwar Gegnern aber nicht Feinden gegenübergestanden zu haben.

Schmidt-Wodder führte aus, nur gegenseitige Achtung, nicht der Haß, in den sich weite Kreise des dänischen Volkes gegen Deutschland während des Krieges verrannt hätten, könne die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Völkern verbessern. 15 Millionen Deutsche seien von ihrem kulturellen Mutterboden abgeschnitten, während früher Dänemark nur 200 000 Dänen, ein Fünfzehntel der gesamten dänischen Bevölkerung, unter preußischer Herrschaft gesehen habe. Daran möge Dänemark den Schmerz des deutschen Volkes ermessen. Das deutsche Volk würde verächtlich sein, werde es je diese Tatsache vergessen. Der Redner besprach die deutsche Not und die deutsche Verzweiflung und berichtete über die Lage in Schleswig unter starker Betonung des Verlangens der deutschen Bevölkerung nach Revision. Der weitere Verlauf der kulturellen Bewegung sei das Entscheidende. Deutschland wolle keinen neuen Haß säen, auch die Deutschen in Dänemark nicht, wenn sie weitere kulturelle Rechte verlangten. Wenn die Dänen über Benachteiligung der Dänen in Deutschland klagten, so verweise er darauf, daß ja Deutschland eine genaue Festlegung des Minderheitenschutzes durch Gegenseitigkeitsvertrag gewünscht, daß man sie aber von dänischer Seite abgelehnt habe. Wenn Deutsche wegen des hohen Valutastandes der dänischen Kronen übergelaufen seien, so sei das eine Schmach; aber Stolz und Würde seien in Deutschland wieder im Wachsen begriffen. Der Redner verwies dabei auf die Wichtigkeit der Pflege der gegenseitigen Achtung, auf die deutsch-dänische Stammesverwandtschaft und auf das germanische Gemeinschaftlichkeitsgefühl: Nationale Selbstbehauptung auf beiden Seiten, beherrscht und gepaart mit gegenseitiger Achtung, das sei das Ziel. Der Magister Clausen betonte in der Aussprache, er schäme sich der deutschfeindlichen Ausstreuungen, die stets wieder in bestimmten dänischen Blättern wiederkehrten.

Deutsches Reich.

Gesetzentwurf über eine 50 Millionen-Dollar-Anleihe.

Der Entwurf des Gesetzes über die Aufnahme einer 50-Millionen-Dollar-Anleihe ist im Wortlaut fertiggestellt worden und dem Reichsrat zugegangen.

Nach einer Mitteilung des „Börsenkuriers“ sind auch die Vorbereitungen für die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes bereits getroffen, und ein Prospekt gibt Aufschluß über die Möglichkeit des Erwerbes der Anleiheteile und ihre Garantie. Die Schatzanweisungen lauten von 1923 bis 1926 und werden zum jeweiligen Dollarkurs eingelöst, und zwar 1926 einschließlich der Zinsen zu etwa 118 bis 120 Prozent. Mit den Haupteinzahlungen wird nicht vor Anfang oder Mitte April zu rechnen sein. Wie das Blatt weiter erfährt, ist die Unterbringung eines Teiles der Anleihescheine auf dem Schweizer und holländischen Geldmarkt gesichert. Es soll beabsichtigt sein, eine Reichsanleihe-Aktiengesellschaft zu gründen, deren Aktionäre sämtliche Banken sind, die sich zur Annahme der Anleihe bereit erklärt haben.

Bisher hätten die Banken die Verpflichtung übernommen, für 25 Millionen Dollar, also die Hälfte des Anleihebetrages, ungeteilt zu übernehmen. Durch das Publikum, Handel und Industrie wären also noch 25 Millionen Dollar zu zeichnen.

47 Millionen Mark Ruhrhilfe als Ertrag des Reichstags-Konzertes.

Das Reichstags-Konzert am 18. Februar zugunsten der „Ruhrhilfe“ hat, soweit bis jetzt feststeht, den Betrag von 47 Millionen Mark ergeben.

Annahme des Reichswehretats.

Der Reichstag hat am Dienstag den vielumstrittenen Etat des Reichswehrministers Geßler bewilligt und dafür eine große Mehrheit zusammengebracht, obgleich lange Zeit die Situation nicht so günstig schien.

In der Debatte hatte der alte Sozialist Ledebour, der letzte, der die Fahne der inzwischen mit der alten Partei vereinigten U. S. P. hochhält, von Geßler gesagt, daß er zwar persönlich sicher ein anständiger Mann und ein Gegner der nationalistischen Kriegspropaganda sei, daß er aber seine eigenen hohen Offiziere in der Reichswehr nicht hinter sich habe. Geßler antwortete sofort auf diese Rede, wobei er geschickt das Schwergewicht auf das vorzügliche Zusammenarbeiten mit dem sozialdemokratischen Innenminister Preußens, Severing, legte und damit die Angriffe des gestrigen Parteitages, die ein Gegeneinanderarbeiten der beiden Minister behauptet hatten, zurückwies. Geßler warnte die Sozialdemokraten, geistige Bewegungen, wie sie sich auch bei den Nationalisten bemerkbar machen, nur mit dem Polizeiknüppel niederzuhalten, was derselbe Fehler sei, den das wilhelminische Regiment gegen die Sozialdemokratie begangen habe. Unter allgemeinem Beifall drehte der Minister schließlich den Spieß gegen die Kommunisten um und nagelte sie darauf fest, daß sie selber im Proletariat einen Kriegsgeist durch die Propaganda für die Rote Armee Sowjetrußlands zu züchten bemüht seien.

Dieser Ausfall der Abstimmung ist um so bemerkenswerter, als eine Resolution des Berliner sozialdemokratischen Parteitages die Reichstagsfraktion aufgefordert hatte, den Etat des Reichswehrministeriums wegen seines zweideutigen Verhaltens gegenüber den illegalen Organisationen abzulehnen.

Das Geldentwertungsgesetz.

Dienstag mittag fanden im Steuerausschuß des Reichstages wichtige Verhandlungen über das Geldentwertungsgesetz statt, in denen Finanzminister Dr. Hermes das Wort führte. Nach den Anträgen sämtlicher bürgerlichen Parteien sollen die Bewertungsgrundsätze für den Besitz dahin abgeändert werden, daß bei der Vermögenssteuer und der Zwangsanleihe die bisher vorgeschlagenen Steuerkurse verdreifacht werden. Zugleich sollen aber auch die Tarifabstufungen jeweils auf das Dreifache auseinandergezogen werden, so daß zum Beispiel der Mindeststeuersatz bei der Vermögenssteuer mit 1 vom 1000 nicht wie ursprünglich vorgeschlagen, bei 500 000, sondern erst bei 1 500 000 Besitz anfängt.

Ein neuer Anspach.

In Berlin wurde bei dem Journalisten Walter Oehme, dem Herausgeber der Deta-Korrespondenz, von Beamten der politischen Polizei eine Haussuchung vorgenommen und eine Reihe von belastenden Akten beschlagnahmt. Oehme übermittelte in letzter Zeit mehrfach an ein ausländisches Nachrichtenbureau gefälschte Nachrichten, so zum Beispiel über eine Meuterei bei der Reichswehr, über starke Meinungsverschiedenheiten im Reichskabinett und andere für Deutschland schädliche Falschmeldungen. Sein letzter Streich war, daß er zugleich an das Ausland und an die Redaktion der „Roten Fahne“ Informationen über ein angebliches Einvernehmen des Reichswehrführers General v. Seeckt mit Orgeschverbänden übermittelte. Diese Nachricht wurde aus der „Roten Fahne“ auch in die gesamte Warschauer Presse übernommen, während die Berichtigungen des Reichswehrministers unterdrückt oder abgeschwächt wurden. Die Tätigkeit Oehmes erinnert an die des Fälschers Anspach, der den General Nollet mit gefälschten Dokumenten über die deutschen Geheimorganisationen versorgte, zum Teil auch an die des Eisnerschen Sekretärs Fechenbach.

** **Reichskanzler Cuno reist nach Süddeutschland.** Der deutsche Reichskanzler Cuno wird eine Reise nach Süddeutschland unternehmen und am Sonntag in München, am Montag in Stuttgart eintreffen.

** **Der Kampf gegen die Geheimorganisationen.** Im preußischen Ministerium des Innern fand, wie die „T.-U.“ hört, unter persönlicher Leitung des Ministers Severing eine Sitzung sämtlicher Oberpräsidenten statt. Im Hinblick auf Gerüchte, die in letzter Zeit aufgetaucht sind, sowi etwaige unverantwortliche Bestrebungen gewisser Kreise ist den Oberpräsidenten erneut die bestimmte Weisung erteilt worden, im ganzen Staatsgebiet jedem Versuch einer Bildung von Formationen oder Organisationen, von welcher Seite und zu welchem Zwecke er auch unternommen werden möge, mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten.

Freistaat Danzig.

Der neue Völkerbundskommissar.

Der neue Kommissar des Völkerbundes, Mac Donnell, wird wie wir hören, voraussichtlich schon am kommenden Sonntag in Danzig eintreffen. Er hat in Genf eine Begegnung mit seinem Vorgänger General Haking gehabt und dann seine Übersiedelung auf den neuen Posten schneller ins Werk gesetzt, als man angesichts der klimatischen Unterschiede zwischen dem ägyptischen Frühling und dem winterlichen Danzig wohl erwartet hatte.

Aus aller Welt.

Europareise des Senators Borah. Der amerikanische Senator Borah, der Führer der Senatsopposition, der die französische Politik mehrfach aufs schärfste angriff, trat seine Informationsreise über Tschita nach Moskau an, von wo er sich nach Mitteleuropa begeben wird.

Neues vom Tage.

§ **Eine unangenehme Überraschung.** Ein Villenbesitzer am Savignyplatz in Charlottenburg bemerkte, daß an einem alten Familienschmuck sich eine Perle löste. Der mit der Befestigung betraute Juwelier stellte fest, daß die Perle unecht war. Eine Untersuchung der übrigen Schmuckstücke ergab, daß aus den meisten die echten Steine und Perlen entfernt und durch unechte ersetzt waren. Die Untersuchung hat ergeben, daß als Täter die Liebhaber der beiden Dienstmädchen in Frage kommen. Auch die Friseuse der Hausfrau ist in den Fall verwickelt, die die Mädchen überredet hatte, ihr einige Schmuckstücke zu leihen, und die dann ebenfalls durch einen Juwelier die Auswechslung der Steine hatte vornehmen lassen.

§ **Romantische Eheschließung.** In Ofen-Pest wird eine romantische Eheschließung viel besprochen. Prinz Karl Egon Hohenlohe-Waldenburg, der gewesene Stadtpfarrer von Hermannstadt, hat das Fräulein Lily Gaspar, die Tochter eines Gymnasialprofessors, geheiratet. Der Prinz wandte sich an den Papst, nachdem er sein priesterliches Gewand abgelegt hatte, um Absolution, und als diese verweigert wurde, trat er zum evangelischen Glauben über. Auch seine Frau hat den evangelischen Glauben angenommen. Prinz Karl Egon Hohenlohe-Waldenburg, Doktor der Theologie, der gewesene Propst, Erzdechant und Stadtpfarrer in Hermannstadt, steht im 41. Lebensjahre.

Ingeborg

Uns wurde heut ein
Töchterchen geboren.
Ernst Meyer u. Frau
Hildegard geb. Weber.
Posen, den 28. Februar 1923.

Nach nur viertägigem Krankenlager hat es dem allmächtigen Gott gefallen, am 27. Februar, 4 Uhr nachm. unser herzensgutes, liebes jüngstes Töchterchen, einziges Schwesterchen und Enkelin

Edith

im Alter von 3½ Jahren in die Ewigkeit abzurufen.

Um stilles Beileid bittet

die tiefbetrübte Familie
Scheske.

(5770)

Turostowko, den 28. Februar 1923.

Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 4. März, nachm. 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme und für die Kranzspenden danken innigst

Maria Goes, geb. May,
Hermann Goes, Fabrikbesitzer.
Toni Knigge, geb. May,
Rudolf Knigge, Bankdirektor,
Erna May, geb. Doering
und Enkelkinder.

Neuwerth (Arenshausen),
Wiesbaden,
Poznań.

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag, 2. 3., abends 7½ Uhr: **„Eugenjusz Oniegin“**, Oper in 3 Akten v. P. Czajkowski.
Sonnabend, den 3. 3., abends 7½ Uhr: **„Hoffmanns Erzählungen“**, Oper in 3 Akten von Offenbach.
Sonntag, den 4. 3., 3 Uhr: **„Carmen“**, Oper in 4 Akten von J. Bizet.
Sonntag, 4. 3., abends 7½ Uhr: **„Eugenjusz Oniegin“**, Oper in 3 Akten von Czajkowski.

Billettvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Górski im Hotel Monopol, Ecke ul. Fredy und Sew. Mielżyńskiego.



Teatr Apollo

Piekary 17 — Fr. Ratajczaka 15.

Heute erster Tag:
Vollständiger Programmwechsel!

12 weltberühmte Attraktionen

u. a. **Reden**, der König d. Humoristen
Franklin Standards, lebende Bälle.
James Scott, Mohrentänze.
Negro, Virtuos a. d. Hirtenflöte
usw.

Anfang 8 Uhr abends.

Die Kasse ist geöffnet von 12—2 und von 6 Uhr ab.

Kino Apollo

Piekary 17 — Fr. Ratajczaka 15.

Heute Premiere:

Der Fluch der bösen Tat.

Drama in 6 Akten mit der hervorragenden französischen Künstlerin

Pina Rell

in der Hauptrolle.

Anfang 4½, 6½ und 8½ Uhr.

English Service.

Methodist-Mission
12 o'clock Sunday, Skarbowa street 1, I. Etage.

Synagoge A
Wolnica.

Freitag, 2. März, morgens (Purim) 6½ Uhr, abends 5½ Uhr.
Sonnabend morgens 9¼ Uhr mit Schacharis beginnend, nachm. 5½ Uhr Mincha m. Jugendandacht u. Predigt
Sabbatausgang 6 Uhr 16 M.

Werktags-Andacht.
Morgens 7 Uhr (Montag und Donnerstag 6¾ Uhr), ab. 5½ Uhr.
Täglich Lehrvorträge (laut Aushang).

Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde),
Ulica Dominikańska.

Freitag, 2. März, abends 5½ Uhr.
Sonnabend, den 3. März, vorm. 10 Uhr.
Die Andacht findet in der geheizten kleinen Synagoge statt.
Täglich Lehrvorträge (laut Aushang).

Unentgeltlich!

Die

Methodisten-Mission

ul. Skarbowa Nr. 1, I. Etage
(fr. Louisenstr.)
macht bekannt, daß im oben erwähnten Hause

unentgeltliche

Handels-Lehrkurse

stattfinden. Ebenso wird **polnischer und englischer Sprachunterricht** erteilt, sowie auch ein **Kursus von Näh-, Zuschneide- und verschiedenen Stickarbeiten.**

Alle die erwähnten Kurse werden an entschiedene Christen unentgeltlich erteilt.

Anmeldungen von 9—12 und von 4—9 Uhr abends.

Kaufe

(5788

Wolle, Gelb- und Blaulupinen, Saathafer,

Mohn, Raps, Leinsaat sowie sämtl. Kleesaaten

und bitte um bemusterte Offerten.

Mieczysław Bachorski,

Dom Rolniczo-Handlowy
Poznań, ul. Młyńska 9.

Telegr.-Adresse: Bmbach. — Telephon: Nr. 50-78.

Entwurf und Ausführung von

Park- u. Garten-Anlagen,

Rosen, Stauden, Spalierobstgärten
Fachmännische Beratung und Beaufsichtigung.
Lieferung sämtlichen Materials.

O. Thon, Poznań,
Głogowska 109. [5756

Brennspiritus

kaufe direkt ab Brennerei franko Verladestation gegen sofortige Cassa.
Abnahme erfolgt in eigenen Fässern.

Offerten erb. unt. Nr. **53,227a** an Annoncenbüro **„Par“**, Bydgoszcz, Dworcowa 18.

Zur Frühjahrssaat

biete durch die Wielkopolska Izba Rolnicza

anerkanntes Saatgut an:

Original Hildebrands Hanna Gerste, [5535
„ „ Grannensommerweizen,
„ „ gelbe Viktoria-Erbse,
„ „ grüne Viktoria-Erbse.

Bestellungen an die **Posener Saatbaugesellschaft, Poznań, ul. Wjazdowa 3,** erbeten.

C. Hildebrand, Kleszczewo b. Kostrzyn, Bez. Poznań.

Kaufe

zur sofortigen Lieferung:

20 Wag. Wohltman-Kartoffeln, unsortiert,
10 Wag. Frührose (Ella rose),
10 Wag. Kaiserkrone

und erbitte Preisofferte. (5758

T. Nowicki, Poznań, Dom Roln. Handlowy.
Plac Wolności 11. — Telephon 3326.

Ausschneiden! — Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in ....

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 **Posener Tageblatt** (Posener Warte)
für den Monat März 1923

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....

Bis ½ Million Mark Belohnung

zahle ich denjenigen Personen, welche die aus der

hiesigen Wagenremise gestohlenen Sachen auffinden

und mich wieder in den Besitz derselben bringen.

Gestohlen wurde: [5772

1 schwarzer Pelz mit grauem Ueberzug,
1 schwarzer langhaariger Pelzkragen,
1 blaue Bockdecke, 2 Gummiregenmäntel,
1 Wagenplan, gez. Heuffel-Greifenberg i. Schl.

G. Jacobi, Trzcianka
bei Michorzewo.

Ich biete, soweit der Vorrat reicht, zur sofortigen Lieferung ab Lager an: 5787

Original Dehne Simplex Drillmaschinen, Siedersleben Saxonia Drillmaschinen, Westfalia Kunstdüngerstreuer, Düngermühlen.

Paul Seler, Poznań ul. Przemysłowa 28, Tel. 2480.

Zur gefl. Kenntnis!

Die 5. Auflage des Seydell'schen Lehrbuches

Wesoły Początek

ist gänzlich vergriffen.

Die 4. Auflage wird in ca. 2 Wochen erscheinen. Der Preis wird noch bekanntgegeben.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Wohnungen

Möbliertes Zimmer

für besseren Herren, eventuell auch 2 zusammen, sofort zu vermieten. **Poznań,**
ul. Siemiradzkiego 8 I.

Ruhiger Student
sucht vom 1. April cr. **möbl. Zimmer**, mögl. im Zentrum.
Off. u. **5783** a. d. Gesch. d. Bl.

---

2 Zucht-Hengste

mit Abstammung: [5741

Oldenburger, braun, 4jährig,
Hannoveraner, braun, m. Abst., 2jähr.

hat abzugeben

Dom. Strzelno Klasztorne p. Strzelno.

Perennierende Lupinen

1—2 Zentner [5775
sofort zu kaufen gesucht.

Dom. Kaminiec (Poznań).
Telephon: Wolkowo 2.

Berliner Tageblatt . .	monatl.	22 000	Mk.
Vossische Zeitung . .	„	16 000	„
Berliner Morgenpost	„	12 000	„
Deutsche Tageszeitung	„	18 000	„
Deutsche Allg. Zeitung	„	20 000	„

freibleibend. — Bei Versand durch Kreuzband kommen je **Mk. 3000,—** Porto hinzu.

E. Dansmann, Poznań, ul. Gwarna 16.

Stall für 4-6 Pferde, Hofraum, mögl. mit Schuppen

von sofort oder 1. April gesucht. Angebote unter **H. 25** an **Rudolf Mosse, Poznań, Wroniecka 12** erbeten.

Polnische Zollvergünstigungen für Oesterreich.

Der am 15. Januar 1923 in Kraft getretene österreichisch-polnische Handelsvertrag enthält eine Reihe von Bestimmungen, durch die der bisherige Warenverkehr zwischen beiden Ländern wesentlich geändert wird. Der Vertrag sieht wesentliche Zollermäßigungen für eine große Zahl von österreichischen Waren vor. Die Gewährung dieser Zollvergünstigungen ist gebunden an die Beibringung eines österreichischen Ursprungszertifikats für die aus Österreich stammende oder dort umgearbeitete Ware. Diese Zertifikate werden von den österreichischen Handelskammern sowie der österreichisch-polnischen Handelskammer in Wien ausgestellt. Es ist zulässig, auf einem Zertifikat mehrere Warensendungen gleicher Art, die von derselben Firma stammen, zu vereinigen. Die Kosten der Ausstellung der Zertifikate betragen bis zum Warenwerte von 500 Mill. Kr. 5200 Kr., darüber hinaus, ohne Rücksicht auf den Wert, 13 200 Kr.; die Kosten der Vidierung betragen prinzipiell 1 v. H. des Fakturenwertes, jedoch minimal derzeit 18 000 Kr. und maximal derzeit 90 000 Kr.

Vom Zertifikatszwang ausgenommen sind Postpakete mit Waren, die nicht für den Handelsverkehr bestimmt sind (Privatsendungen), ferner Muster und Warenproben. Hierbei sind grundsätzlich zollfrei auf Kartons befestigte Muster von Metall-, Papier- und ähnlichen Waren, in einzelnen Stücken, welche sich voneinander durch Größe, Gestalt, Farbe oder Zeichnung unterscheiden, wie zum Beispiel Garnituren von Knöpfen, Beschlägen, Briefumschlägen, Postkarten und dergl. Dagegen dürfen Muster aller Art, die sich in einzelnen Stück zum Gebrauch eignen, wie zum Beispiel Federmesser, Scheren, künstliche Blumen, Portemonnaies usw., zollfrei nur dann abgefertigt werden, wenn diese Gegenstände mit Einverständnis der Interessenten für eine derartige Verwendung unbrauchbar gemacht werden. Muster und Warenproben von Artikeln, deren Einfuhr im allgemeinen verboten ist, sind an keine besondere Einfuhrbewilligung gebunden.

Handlungsreisende, die mit einer von den Behörden ihrer betreffenden Länder ausgestellten Legitimationskarte versehen sind, haben das Recht, die einer Zollpflicht unterliegenden Waren als Muster oder Warenproben einzuführen. Derartige Muster und Warenproben sind beiderseits von der Entrichtung des Ein- und Ausfuhrzolles unter der Bedingung befreit, daß diese Waren innerhalb der vorgeschriebenen Frist über ein beliebiges Zollamt wieder ausgeführt werden und daß die Identität der ein- und wiederausgeführten Gegenstände keinem Zweifel unterliegt.

Die Carlton-Tat vor dem Gericht.

(Vgl. „Pos. Tagebl." Nr. 47 und 48.)

Der Carlton-Prozeß fand am Mittwoch, dem dritten Verhandlungstag, seinen Abschluß. Das Urteil wurde kurz nach 6¼ Uhr gefällt. Es lautete auf **Freispruch beider Angeklagten.**

Vor der Schlußberatung des Gerichtshofs kamen noch einmal Staatsanwalt und Verteidiger zu Wort. Es war das letzte und entscheidende Gefecht zwischen Ankläger und Verteidiger. Der Staatsanwalt bemühte sich, den Schwerpunkt der Anklage auf den zweiten Angeklagten zu verlegen. Er stellt ihn als Mentor vieler Offiziere hin und macht ihm den Vorwurf, den Oberleutnant Pruszanowski zu der Tat getrieben zu haben. Von dem ersten Angeklagten spricht er als von dem gesetzlich Schuldigen.

Der Verteidiger erklärt: Nicht etwa in der Absicht, die Tat Pruszanowskis zu erleichtern, sondern um einen weiteren Überfall zu verhindern, habe der Oberleutnant Kapuściński gehandelt. In der Behauptung, daß Oberleutnant Kapuściński den Hauptangeklagten zur Tat getrieben habe, sieht der Verteidiger geradezu eine Beleidigung des Oberleutnants Pruszanowski. Es liege darin die Meinung, daß Oberleutnant Pruszanowski sonst nicht reagiert hätte. In etwas ironischem Ton spricht der Verteidiger am Schluß von der verschiedenartigen Interpretierung des in der Verhaltungsmaßregel des D. O. K. enthaltenen Wortes „samodzielnie postępować" (selbständig handeln). Er äußert die Hoffnung, daß der Gerichtshof die Angeklagten freisprechen werde.

Nach einer dreiviertelstündigen Beratung spricht der Gerichtshof beide Angeklagten wegen Mangels an Beweisen für ihre Schuld frei. Das Urteil wird erst dann rechtskräftig, wenn nach drei Tagen keine Berufung seitens des Staatsanwalts vorliegt, deren Einlegung sich der Staatsanwalt vorbehalten hat.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 1. März.

Stadtverordnetensitzung.

Der Hauptberatungsgegenstand der gestrigen Stadtverordnetensitzung, die um 6½ Uhr eröffnet wurde, waren die Posener Stadttheater. Erst nach vier erfolglosen Ansätzen hat am Mittwoch die Theaterdebatte das Licht des Sitzungssaales erblickt.

Aussprache über die Theaterfrage.

Ausschußberichterstatter war Stadtv. Wybieralski, und die Schließung der Posener Oper der springende Punkt in seinem Bericht. Die großen Mindereinnahmen im Theaterbudget haben die Stadtverwaltung genötigt, ernsthaft auf Mittel für die Besserung der Theaterfinanzen zu sinnen. Der Redner geißelte die gegenwärtigen Zerstreuungstendenzen. Man gehe lieber in ein Tingeltangel oder in ein Kino, als das Theater zu besuchen. Die Hebung des Theaterbesuchs hat also wenig Aussichten. Andererseits könne von einer Herabsetzung der Eintrittspreise keine Rede sein. Hinsichtlich der Theaterpersonalbezüge, die sich von Monat zu Monat automatisch steigern, sei man bei dem Künstlerpersonal auf kein Entgegenkommen für die gute Sache gestoßen. Der Finanzausschuß hat nun den Beschluß gefaßt, der Stadtverordnetenversammlung folgende Anträge vorzulegen:

1. Die städtischen Theater bleiben trotz des Defizits bis Ende der Spielzeit unter eigener Verwaltung.

2. Zu Beginn der neuen Spielzeit wird der Vertrag mit dem Teatr Polski nicht erneuert.

3. Das Teatr Wielki soll verpachtet werden.

Der Befürchtung einer Herabsetzung des Niveaus der betroffenen Kulturstätte nimmt der Berichterstatter jede Unterlage, indem er folgende Pachtbedingungen vorschlägt: 1. die Wahl eines geeigneten Pächters; 2. Erwirkung ausreichender Kontrollbefugnisse; 3. Garantie für ein gebührendes Niveau.

In der Aussprache ergriff als erster Redner Stadtv. Kierski das Wort. Mit gedämpfter Stimme teilte er den Stadtvätern seine Meinung über das Stadttheaterproblem mit. Er betonte, daß die vom Stadtv. Geistlichen Kościelski in der Ausschußsitzung zu den Opernausgaben geäußerten Bedenken darüber, daß gleichzeitig mit einer Opernaufführung Kinder Hungers stürben, berechtigt wären, wenn die Aufhebung der Oper eine größere Fürsorge für die Notleidenden zur Folge haben würde. Stadtv. Kierski erklärte sich für Beibehaltung der Oper, wenn die Direktoren und Künstler, besonders die Solisten, ihre Forderungen ermäßigten.

Stadtpräsident Ratajski bittet, die endgültige Entscheidung über die Verpachtungsfrage um zwei bis drei Wochen hinauszuschieben, da die Ausschußvorschläge dem Magistrat ganz neu seien.

Es scheint zum Schluß der Aussprache kommen zu wollen, da der Stadtverordnetenvorsteher Dr. von Mieczkowski den Magistratsantrag zur Abstimmung bringen will. Er stößt aber auf den Widerstand von verschiedenen Stadtverordneten, wie zum Beispiel Dr. Szulczewski, Dr. Stark und Kucharski.

Stadtv. Dr. Stark schlägt folgenden Erörterungsmodus vor: Punkt 1 und 2 werden gleich erledigt. Die dritte Frage wird an den Ausschuß zurückverwiesen.

Stadtv. Budzyński spricht sich gegen die Oper aus.

Stadtv. Kowalewski bedauert, daß das Nationaltheater (Teatr Narodowy) in ein Variété-Theater umgewandelt worden ist; er verlangt, daß die Reform der Kulturarbeit nicht beim Dach, sondern bei ihren Grundfesten anfängt, und wirft dem abwesenden Theaterdezernenten, Stadtrat Cynka, Geringschätzung seiner Pflichten vor. Redner ist für sofortige Schließung der Theater.

Stadtv. Szułdrzyński weist an Hand einer Tabelle nach, daß sich das Theaterdefizit von September 1922 bis Januar 1923 verhältnismäßig vermindert habe. Das Verhältnis ist: 46 Millionen Ausgaben und 24 Millionen Fehlbetrag, gegen 126 Millionen und 21 Millionen, also ungefähr einhalb gegen ein Sechstel. Redner führt dann einige Heilmittel gegen die kranken Finanzen aus: Regierungssubvention, Lotterie usw. Eine ernsthaft durchgeführte Ersparnisaktion an den Solisten, am Orchester, am Ballett usw. würden den Fehlbetrag um 16 Millionen entlasten. Es seien zu viel Künstler engagiert, und die Eintrittspreise seien zu hoch.

Stadtv. Dr. Stark tritt der Schließung der Oper aus Prestigegründen entgegen. Er fragt, was wohl Deutschland dazu sagen würde.

Stadtv. Buggel meint, man müsse erst in Warschau die Fühler ausstrecken und dann einen Beschluß fassen. Er erklärt, daß die Christliche Demokratie für die Anträge stimmen werde.

Stadtv. Turtoń ist für die Schließung des Theaters. Man solle die Deckungssumme für die Theaterdefizite lieber für den Kampf gegen das Hungergespenst gebrauchen.

Vizestadtpräsident Dr. Kiedacz antwortete dann auf Vorwürfe verschiedener Redner.

Darauf erfolgte die Abstimmung über den Antrag des Stadtpräsidenten Ratajski und über den zweiten Ausschußantrag. Letzterer wurde mit großer Mehrheit angenommen. Dem Antrage Ratajski stimmte die Versammlung bei.

Vor der Theateraussprache hatte Stadtv. Kucharski über zwei wichtige Änderungen in städtischen Steuersatzungen berichtet. Beide Änderungen sind vom Verwaltungsgericht der Wojewodschaft vorgenommen worden. Die eine betrifft die Steuer für Verträge über vorübergehende Miete. Die Stadtverordnetenversammlung hatte seinerzeit für polnische Bürger 20 Prozent, für Ausländer 100 Prozent Steuer bestimmt. Das Verwaltungsgericht der Wojewodschaft hat für beide Kategorien dieselbe Norm (20 Prozent) festgesetzt. Die Versammlung stimmte der Änderung zu. Die zweite unbedeutende Änderung betrifft die städtische Lustbarkeitssteuer.

Gegen 9 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Die Bemessung der Einkommensteuer.

Das Finanzministerium hat auf Grund des Art. 112 des Gesetzes vom 16. Juli 1920 angeordnet, daß die Erhebung der Einkommensteuer auf Grund der Vorschriften des II. Teiles des Gesetzes vom 4. April 1922 von Diensteinkommen, Pensionen und Löhnen, vom 1. Januar 1923 an, nach folgender Skala durchgeführt wird:

Zahl	über	bis	Prozentsatz
1.	2 000 000	2 400 000	0,3 Prozent
2.	2 400 000	3 000 000	0.4 "
3.	3 000 000	3 600 000	0,5 "
4.	3 600 000	4 800 000	0,7 "
5.	4 800 000	7 200 000	0,9 "
6.	7 200 000	9 600 000	1.1 "
7.	9 600 000	12 000 000	1,4 "
8.	12 000 000	15 600 000	1,7 "
9.	15 600 000	19 200 000	2 "
10.	19 200 000	22 800 000	2.5 "
11.	22 800 000	26 400 000	3 "
12.	26 400 000	30 000 000	3,5 "
13.	30 000 000	34 000 000	4,5 "
14.	34 000 000	38 000 000	5,5 "
15.	38 000 000	42 000 000	7 "
16.	42 000 000	46 000 000	8,5 "
17.	46 000 000	50 000 000	10 "
18.	50 000 000	52 000 000	11,5 "
19.	52 000 000	55 000 000	13 "
20.	55 000 000	58 000 000	13,6 "
21.	58 000 000	62 000 000	14.3 "
22.	62 000 000	66 000 000	15 "
23.	66 000 000	70 000 000	15,7 "
24.	70 000 000	75 000 000	16.5 "
25.	75 000 000	80 000 000	17,3 "
26.	80 000 000	85 000 000	18.1 "
27.	85 000 000	90 000 000	18.8 "
28.	90 000 000	95 000 000	19,5 "
29.	95 000 000	100 000 000	20 2 "
30.	100 000 000	105 000 000	20,9 "
31.	105 000 000	110 000 000	21,6 "
32.	110 000 000	115 000 000	22.3 "
33.	115 000 000	120 000 000	23 "
34.	120 000 000	180 000 000	24 "
35.	180 000 000	240 000 000	25 "
36.	240 000 000	300 000 000	26 "
37.	300 000 000	360 000 000	27 "
38.	360 000 000	450 000 000	28 "
39.	450 000 000	540 000 000	29 "
40.	540 000 000	720 000 000	30 "
41.	720 000 000	900 000 000	31 "
42.	900 000 000	1 200 000 000	32 "
43.	1 200 000 000		33 "

Diese Verordnung bleibt bis zur gesetzlichen Regelung der Frage des Abzuges der Einkommensteuer für das Jahr 1923 in Kraft.

Aus der polnischen Rechtsprechung.

(Schluß.)

14. a) Die Entscheidung darüber, daß eine Klageänderung nicht vorliegt, kann auch stillschweigend getroffen werden.

b) Wird in einem notariellen Grundstückskaufvertrage die vereinbarte Bedingung, daß der Vertrag im Fall der ersten abschlägigen Entscheidung des Ansiedlungsamtes aufgelöst wird, nicht aufgenommen, so führt das die Nichtigkeit des Vertrages im Sinne des § 313 des B.G.B. herbei.

Urteil vom 20. Januar 1922. C. 43/21.

15. Das Versprechen der Erteilung eines Darlehns kann außer dem Fall des § 610 B.G.B. nicht widerrufen werden.

Urteil vom 28. April 1922. — C. 6/22.

16. Der Verkäufer eines Grundstücks kann sich nicht auf Verzug der Verkäufer bei Entgegennahme der Auflassung berufen.

Der heilige Berg.

Roman von Wilhelm Hagen.

(35. Fortsetzung.)

„Das ist aber ein fundamentaler Irrtum!" lächelte Völkner, lebhafter werdend. „Die Erdoberfläche ist zwar stabiler geworden, seit die gewaltsamen inneren Erschütterungen aufgehört haben und seit ihre Entwicklung in ein ruhigeres Stadium getreten ist. Ihre äußere Form aber ist nicht fest zusammen, denn sie verändert sich von Jahr zu Jahr, von Tag zu Tag. Die Einflüsse der Witterung, Verschiebungen in den Gewichtsverhältnissen, in den Abläufen von Wasser und Schnee schaffen unabläßig große Veränderungen, die in ihrer ganzen Ausdehnung freilich nur dem geübten Auge eines Geologen erkennbar werden."

„Das leuchtet mir ein," nickte Fernleitner. „Und in den Bergen mit ihren gewaltigen Höhenunterschieden sind diese Veränderungen natürlich doppelt stark, nicht wahr?"

„Sehr richtig," pflichtete der Geologe bei. „Ich möchte sagen, hier in den Bergen gibt es Gegenden, in denen die Formation der Erdkruste noch so labil und variabel ist, daß ein ständiges geheimnisvolles Leben in ihnen zu sein scheint. Lebendige Berge! Und ein solcher lebendiger Berg ist in hervorragendem Grade unser Wilder Jäger."

Fernleitner, der schon die ganze Zeit mit lebhaftem Interesse zugehört hatte, geriet in fiebernde Erregung. „Nicht wahr?" stammelte er. „Mit diesem Berge muß es irgend eine besondere Bewandtnis haben. Er kommt mir immer vor wie ein schlummernder Riese, der eines Tages erwacht, um rücksichtslos alles Gewürm zu zertreten, was sich auf seinem Rücken krümmt."

„Das ist mit den Augen des Dichters gesehen," lächelte Völker. „Der Wissenschaftler geht nüchterner vor, konstatiert zunächst, daß das Feld des Berges aus auffallend brüchigem Gestein besteht, das gegen Verwitterung in ganz besonderem Maße empfindlich ist. Daher die riesigen Schuttströme, die vom Gipfel nach allen Seiten talwärts ziehen. Daher auch die starke Zerklüftung des Gipfels und der zusammenhängenden Felspartien, die sämtlich diese durch starke Verwitterung verursachten malerischen Formen aufweisen. Eine Betrachtung des Berges und seiner heutigen Gestalt lehrt uns aber auch, daß auf seinem Gebiet vor unvordenklichen Zeiten einmal eine gewaltige Katastrophe stattgefunden haben muß. Ich glaube, daß der Berg ursprünglich zwei Gipfel hatte, zwischen denen sich im Laufe der Zeit der Gletscher einnistete. Und seine Schmelzwasser übten zusammen mit den Erscheinungen des Gefrierens eine so schlagende Wirkung auf das brüchige Gestein, daß der nördliche Gipfel eines Tages abschlitterte und in den See hin abstürzte."

„Das wäre also dann der Bergrutsch vor sechzig Jahren gewesen?" forschte Fernleitner.

„Nicht vor sechzig Jahren!" lächelte Völker. „Dieser große Bergsturz fand vielleicht vor tausend oder zweitausend Jahren statt. Was vor sechzig Jahren geschah, war nichts als das Hinabrutschen eines Streifens Alpengewicht über die Wildeckwände, was schon öfter gewesen sein wird, und auch in Zukunft noch öfter vorkommen wird. Denn der Grund der unteren Hochalm ist vermutlich glatter Fels, bedeckt von einer dicken Schicht Erde; aber diese wird unterspült von den Gewässern, die aus dem Gletscher anscheinend in das Innere des Berges sickern, aber hier wieder zutage treten."

„Wird nun der Almboden, der durch die ständige Unterspülung nur lose auf dem Fels seines Grundes ruht, durch den Bau von Häusern oder Hütten über Gebühr belastet, so gerät er in die Gefahr des Rutschens und gleitet auf dem glatten, vom Wasser überspülten Fels unaufhaltsam nach unten. Das war vor sechzig Jahren so, als man ein paar Jahre vorher die verhältnismäßig leichten Almhütten auf die Matten baute — — —"

„— — — und das wird sich jetzt wiederholen," unterbrach ihn der Schriftsteller in höchster Erregung, „da man den Almboden durch einen ganzen Hotelbau belastet hat!"

„Diese Entwicklung befürchte ich!" nickte Völker gedankenvoll. „Aber noch ist es nicht an der Zeit, mit dieser Annahme offen hervorzutreten. Denn sie hat vorerst nur den Wert einer wissenschaftlich gestützten und wissenschaftlich aufgestellten Hypothese, die indes noch der Erhärtung durch weitere Beobachtungen bedarf."

„Und wenn inzwischen die Katastrophe plötzlich eintritt?" gab Fernleitner zu bedenken. „Wenn der Almboden plötzlich ins Gleiten kommt und hundert unschuldige Menschenleben mit sich in die Tiefe reißt?"

„Das wird nicht geschehen!" entgegnete der Geologe, und seinen Mund umspielte ein wissendes Lächeln. „Derartige Katastrophen bedürfen einer gewissen Vorbereitung, und wie der Arzt am Krankenbette deutlich den fortschreitenden Verfall beobachten kann, bevor der Tod eintritt, so verfolge ich genau jede Veränderung der Bodenverhältnisse und kann rechtzeitig warnen, ehe es zu spät ist."

„Und wie lange, glaubst Du, wird es noch dauern?" drang Fernleitner in ihn.

Der Geologe zuckte mit der Achsel. „Ich prophezeie nicht gern!" wich er dann aus. „Die Almhütten vor zwei Menschenaltern hat der Berg sieben Jahre geduldet, ehe er sie abschüttelte von seinem Rücken. Also vermute ich, daß für diesen Sommer und den kommenden Winter noch keine Gefahr ist! Der Frühling freilich kann schon kritisch werden, wenn sich die Schneeschmelze normal entwickelt und das Gelände stark mit Wasser durchsetzt ist."

Eine Weile herrschte Schweigen am Tisch vor der Hütte; denn jeder der vier Menschen hing bang dem Gedanken nach, die Völkers Worte in ihnen geweckt hatten.

Dann aber sprach Fernleitner langsam, fast feierlich: „Ist es nicht eigentlich ein großartiger Gedanke? Der Berg, der durch den verruchten Hotelbau entweiht und geschändet wurde, befreit sich selbst, schüttelt das eklige Menschengezücht ab, das sich mit seinen Lasten auf ihm breit macht, und wird wieder zum heiligen Berg, dem gemeinen Alltag entrückt, groß, unnahbar und erhaben."

(Fortsetzung folgt.)

wenn er ihnen selbst die Erlangung der vorgeschriebenen Auflassungsgenehmigung erschwert hat.

Urteil vom 9. Juni 1922. C. 36/22.

17. a) Der Abschluß eines Nebenvertrages, der den vertraglichen Willen der Parteien hinsichtlich der Valuta erläutern soll, führt nicht zur Nichtigkeit des Kaufvertrages wegen Formmangels nach § 313 B. G. B.

b) Durch Annahme der Zahlung des Restes des Kaufpreises ohne Vorbehalt verliert der Gläubiger die Rechte aus § 326 und § 360 B. G. B.

Urteil vom 22. März 1922. — C. 12/22.

18. a) Ein abgesonderter Vertrag über den Verkauf des Inventars erfordert nicht notarielle oder gerichtliche Form, der Mangel jedoch der vereinbarten Schriftform kann seine Nichtigkeit herbeiführen.

b) Der Wirksamkeit der Auflassungsgenehmigung des Ansiedelungsamtes steht nicht entgegen, daß die Käufer sich gegenüber diesem Amt verpflichtet hatten, die Parzellierung in anderer Weise durchzuführen als in den Verträgen angegeben.

Urteil vom 27. April 1922. — C. 19/22.

19. Der Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand hinsichtlich der Frist zur Berufsbegründung kann durch Beschluß verworfen werden, gegen den es Revision nicht gibt.

Entscheidung vom 9 Juli 1922. — C. 51/22.

20. Das Fehlen eines Gerichtes von der Zuständigkeit des deutschen Reichsfinanzhofes in Polen begründet nicht die Einklagbarkeit der betr. Ansprüche vor den ordentlichen Gerichten.

Urteil vom 1. Mai 1922. — C. 58/21.

21. a) Die Vorschrift des § 278 B. G. B. bezieht sich nicht auf Tätigkeiten, die erst das Schuldverhältnis schaffen.

b) Zur Bestätigung eines Vertrages durch sogenannte facta concludentia ist die Feststellung der Kenntnis des Vertragsinhalts erforderlich.

c) Die Parteien können gültig vereinbaren, daß die Bestätigung des Vertrages durch eine dritte Person in einer bestimmten Form (notariell) erfolgen soll.

Urteil vom 14. Juni 1922. — C. 35/22.

22. a) Der Fiskus des polnischen Staates, vertreten durch die Eisenbahndirektion in Danzig, hat seinen allgemeinen Gerichtsstand in Warschau.

b) Aus einem Vertrage über Eisenbahntransport nach Deutschland kann beim Gericht des Erfüllungsortes des Vertrages, das heißt der Zuführung der Ware zur Grenzstation, geklagt werden.

Urteil vom 3. März 1922. — C. 24/21.

23. Auf die Nichtigkeit eines Rechtsaktes, die durch den Mangel der vorgeschriebenen Form verursacht ist, darf sich der nicht berufen, der diesen Mangel selbst in der Absicht seiner späteren Ausnutzung hervorgerufen hat.

Urteil des Plenum vom 18. Februar 1922. C. 34/21.

24. Bei Verkäufen von Landgrundstücken ist neben der Genehmigung des Ansiedlungsamtes nicht noch die Genehmigung des Starostwo erforderlich.

Urteil vom 19. Mai 1922. — C. 11/22.

25. a) Unleserlichkeit des Datums der Bewerkstelligung der Zustellung des Berufungsurteils begründet Wiedereinsetzung in den vorigen Stand hinsichtlich der Revisionseinlegungsfrist.

b) Der polnische Fiskus übernimmt — bei Erwerb des Eigentums an den preußischen Staatsdomänen kraft des Versailler Vertrages — nicht die die Domänen belastenden Pachtverträge.

Urteil vom 9. Juni 1922. — C. 49/22.

26. a) Ein gegenseitiges Testament kann ein in diesem übergangenes, später geborenes Kind nicht anfechten, wenn das Anfechtungsrecht für den überlebenden bei Lebzeiten des Ehegatten erloschen war.

b) Dieser Fall ergibt sich im Falle des Todes eben desselben Ehegatten nach Ablauf eines Jahres nach Geburt des Kindes.

c) Der Mangel der rechtlichen Vertretung des Kindes führt nicht zu einer Verlängerung der Frist.

Urteil vom 14. Juni 1922. — C. 3/22.

27. Bei Bestimmung eines gewissen Betrages, für den der Käufer den Kaufgegenstand erhalten soll, können die Parteien nicht wirksam vereinbaren, daß ein Teil dieses Betrages eine Schenkung darstellen soll.

Urteil vom 19. Mai 1922. — C. 33/22.

Keine Krankenversicherungspflicht der Geistlichen.

Entgegen einer kürzlich von uns veröffentlichten Verfügung des Bezirksversicherungsamts (Okręgowy urząd ubezpieczeń) über die angebliche Krankenversicherungspflicht der Geistlichen hat das Ministerium der religiösen Bekenntnisse (Ministerstwo wyznań religijnych) in Warschau als höhere Instanz eine Entscheidung dahin getroffen, daß die ordinierten, in einem Pfarramte stehenden Geistlichen der Krankenversicherungspflicht nicht unterliegen, obwohl nach dem Staatsgesetz vom 19. Mai 1920 sämtliche gegen Gehalt und Lohn beschäftigten Personen mit Ausnahme der Staatsbeamten der Versicherungspflicht unterworfen sind. In diesem Sinne sind alle Ortskrankenkassen in Kenntnis gesetzt worden.

X **Das Generalkonsulat, Abteilung Abwanderung,** bittet uns folgendes mitzuteilen:

Der Abtransport derjenigen Auswanderer, die ohne Ziel nach Deutschland gehen bzw. derjenigen, die fürsorgeberechtigt sind, findet in diesem Monat nur am Freitag, dem 23. März, statt. Der Auswandererzug verläßt Posen an dem genannten Tage morgens um 3,20. Die genannten Kategorien dürfen nur den Auswandererzug benutzen. Die Genehmigung zur Benutzung der fahrplanmäßigen Personenzüge kann für ziellose und fürsorgeberechtigte Auswanderer nicht erteilt werden. Die Auswandererpässe können am Tage vor der Abfahrt in der Dienststelle der Abteilung Abwanderung in Empfang genommen werden, sofern die Auswanderer nicht schon im Besitz der Pässe sind.

Was kostet ein Brief? Die Kosten, die heute ein gewöhnlicher Geschäftsbrief verursacht, sind natürlich auch außerordentlich hoch und werden im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel" in deutscher Mark wie folgt angegeben. Das Papier eines einfachen Briefes ist mit 9 Mark zu berechnen, Satz, Druck, Schneiden mit 5 Mark, das stenographische Diktat von sechs Minuten mit 55,30 Mark., der Farbbandverbrauch mit 3 Mark, der Briefumschlag mit Aufdruck mit 7,50 Mark, das Postgeld mit 50 Mark. Danach kostet also ein einfacher Brief 174,80 Mark — Eine Postkarte würde nach denselben, heut schon wieder weit überholten Sätzen mit 79,40 Mark zu berechnen sein.

Der Deutschtumsbund, Bezirksvereinigung Pommerellen-Süd in Graudenz bittet uns um die Veröffentlichung nachstehender Ausführungen: Wir möchten wieder einmal auf die uns zur Verfügung stehende, etwa tausend Bände enthaltende Fachbücherei „Arbeitshilfe" hinweisen, die vor allem allen mit und an der Jugend arbeitenden Personen nicht dringend genug empfohlen werden kann, zur eigenen Vertiefung und Weiterbildung sowie zur unmittelbaren Benutzung für ihre Arbeit. Die Bücherei, die immer weiter ergänzt wird, umfaßt in der Hauptsache folgende Gruppen: Religiöses und Mission, Ethisches und Psychologisches. Musik und Kunst, Material für Feste und Veranstaltungen, Vorträge. Die Benutzung der Bücherei ist unentgeltlich; es sind nur die Portokosten zu tragen, und es wäre zu begrüßen, wenn die Zahl der Entleiher sich immer noch vergrößerte, da heutzutage gute Bücher ja immer schwerer zu beschaffen sind und jedes wirklich gute Buch, das unbenutzt auf Regalen steht, ein totes Kapital bedeutet. Anfragen und Bestellungen auf Kataloge der einzelnen Gruppen sind zu richten an den Deutschtumsbund Pommerellen-Süd, Graudenz, Stafzyca 5.

Vortrag von Professor Dr. Pax-Breslau. Am Montag, dem 5. März, abends 8 Uhr, wird im kleinen Saale des Evangelischen Vereinshauses Professor Dr. Pax einen Vortrag mit Lichtbildern über die „Wandlungen der einheimischen Tiere seit der Eiszeit" halten. Der Vortrag ist der erste diesjährige wissenschaftliche Vortrag eines reichsdeutschen Gelehrten. Professor Pax ist durch seine eigenen Forschungen in Polen bekannt. Der Vortrag wird nicht nur für Freunde der Naturwissenschaft von Interesse sein, sondern auch den Landwirten manche Anregungen geben. Der Vortrag wird vom Hauptverein deutscher Bauernvereine und vom Ausschuß zur Pflege deutschen Geisteslebens veranstaltet. Eintrittskarten zu 1000 M. sind im Vorverkauf in der Deutschen Bücherei zu haben. Schüler und Hörer der deutschen Vortragsveranstaltungen zahlen die Hälfte.

Großes Theater. Am Freitag, dem 2. d. Mts., Wiederholung der Tschaikowskischen Oper „Eugenjusz Oniegin". Die Hauptpartien singen die Damen Jukowska, Szafrańska und die Herren Karpacki, Malawski und Urbanowicz. Herr Karpacki singt den Oniegin; Kapellmeister Wojciechowski. Am Sonnabend, dem 3. März, „Hoffmanns Erzählungen" in neuer Besetzung mit den Damen Chwińska, Jakubowska und Szafrańska und den Herren Nochowicz, Górski, Malawski und Romejko; Kapellmeister Bojanowski. Am Sonntag, dem 4. März, 3 Uhr nachmittags zu ermäßigten Preisen „Carmen" mit Frl. Lenczewska und Herrn Bedlewicz. — In Vorbereitung „Pique Dame" und „Walküre".

Einen Liederabend gibt am Donnerstag dem 8. März, Frl. Wiesława Cichowicz, Tochter des bekannten hiesigen Rechtsanwalts Justizrat Cichowicz, im großen Saal des Evang. Vereinshauses. Eintrittskarten verkauft die Musikalienhandlung Wacław Górski (früher Bote und Bock) in der ul. 27. Grudnia.

Die Großpolnische Landwirtschaftskammer (Wielkopolska Izba Rolnicza) veranstaltet am Donnerstag dem 8 d. Mts., nachm. 4 Uhr, im Anschluß an die Herdbuchversteigerung im Sitzungszimmer der Kammer ul. Mickiewicza 33 I. (fr. Hohenzollernstr.) eine Versammlung von Stammzüchtern für Schweine zur Besprechung der Frage des Zusammenschlusses der großpolnischen Stammzüchter. Alle Stammzüchter werden hiermit dazu eingeladen.

X **Die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts** wurde gestern bei der Reinigung von Kanalröhren in der ul. Łazarska 17 (fr. Lazarusstraße) gefunden und in die Leichenhalle der ul. Młyńska 1 (fr. Mühlenstraße) gebracht.

X **Ein unangenehmes Erwachen** hatte in der vergangenen Nacht im Wartesaal dritter Klasse des Hauptbahnhofs ein Reisender aus Oberschlesien, der die Abfahrt seines Zuges schlafend erwartete. Als er sich gegen 2½ Uhr aus Morpheus Armen frei machte, bemerkte er zu seinem Entsetzen, daß sein Reisekorb mit Inhalt im Gesamtwerte von 2 Millionen Mark gestohlen worden war. Der Korb enthielt u. a. 650 000 M. deutsches und 470 000 M. polnisches Geld, 3 Stück Leder, 4 Karbidlampen, einen Rucksack und eine Petroleumlampe.

X **Gefahr für die auf Balkonen aufbewahrten Lebensmittel.** Daß die Aufbewahrung von Lebensmitteln auf Balkonen nicht ungefährlich ist, beweist ein Fall, in dem in der Nacht zum Mittwoch zwischen 1 bis 3 Uhr von einem Balkon unter Zuhilfenahme einer Leiter drei geräucherte Schinken, Leberwurst, 15 Pfd. Gänse- und 15 Pfd. Schweineschmalz im Gesamtwerte von einer Million Mark gestohlen wurden.

Auch ein Zeichen der Zeit! In der Altstadt wurde gestern vormittag ein Bettler beobachtet, der sämtliche kleinere Geldscheine bis zu 20 Mk. einschl., die er auf seinen Bittgängen als milde Gaben erhalten hatte, weil sie ihm zu minderwertig waren, auf die Straße warf. Das Beachtenswerteste aber war, daß dabeistehende Kinder aus demselben Grunde das weggeworfene Geld unbeachtet ließen.

X **Drei „edle" Brüder** wurden in der vergangenen Nacht auf frischer Tat festgenommen, als sie in einer Lederhandlung in der Wielkie Garbary 6 (fr. Gr. Gerberstr.) einen unerbetenen Besuch abzustatten gedachten. Sie waren gerade dabei, vom Keller aus in den Laden einzudringen, hatten auch bereits zu diesem Zweck ein großes Loch in die Wand gestemmt, als die Nemesis nahte, sie in ihre Obhut nahm und ihnen Freiquartier im Polizeigefängnis verschaffte. Es handelt sich um die drei Brüder Ignatz, Franz und Ludwig Tadeluszak aus Posen.

---

* **Filehne, 24. Februar.** Auch in unserem Kreise mehren sich die Diebstähle. So wurde beim Gastwirt Plutschinnek in Grünthal einer Försterfrau der im Nebenzimmer aufbewahrte Pelzmantel gestohlen. In Waldmühle wurde einem Arbeiter die Ziege gestohlen, in der Nähe des Stalles abgeschlachtet und das Fell mitgenommen, während das Fleisch auf das Eis des in der Nähe befindlichen Sees geworfen wurde. Auch Holzdiebstähle größeren Umfangs kommen häufig vor.

* **Grabowitz, Kr. Thorn, 27. Februar.** Am Sonntag fand hier die Einweihung der Gedenktafel der im Weltkriege 1914—1918 Gefallenen der Kirchengemeinde Grabowitz—Silno—Kompagnie—Smolnik—Neudorf—Złotorja statt. Pfarrer Beckherrn aus Gramtschen, der auch den Gottesdienst abhält, da der Vorgänger auswanderte und bis jetzt noch kein Ersatz geschafft werden konnte, hielt die Gedenkrede. Mit Gesängen des Kirchenchors schloß die Feier.

* **Graudenz, 26. Februar.** Das hiesige Lyzeum, früher Oberlyzeum (Viktoriaschule) soll zum 1. April d. Js. verstaatlicht werden. Den Lehrkräften ist bereits von der Stadt gekündigt worden. Von den hiesigen höheren Lehranstalten war in preußischer Zeit das Gymnasium bereits staatlich. Die Oberrealschule war städtisch, wurde aber von der neuen Regierung staatlich, und das Lyzeum wird jetzt vom Staat übernommen. Nach der Verstaatlichung des Lyzeums dürfte das Schulgeld ebenso in Wegfall kommen wie beim Gymnasium und der Oberrealschule.

* **Laßwitz, 25. Februar.** Das „Liss. Tagebl." schreibt: Mit grenzenlosem Erstaunen erfuhr die Kirchengemeinde Laßwitz am vergangenen Sonntage vom Altare aus die Kunde, daß Bestrebungen im Gange seien, das uralte Kirchspiel Laßwitz, dessen Gemeindekirchenrat soeben mit rührender Bereitwilligkeit nach Gesetz und Recht dem Ortspfarrer durch eine allseitige Körnerabgabe die Grundlage seines Lebensunterhalts gewährt hatte, eingehen zu lassen und die evangelischen Gemeindeinsassen der Brudergemeinde in Lissa einzuverleiben. Totenstille herrschte im ganzen Gotteshause, erregte Gruppen bildeten sich vor der Kirche, und Tränen wurden vergossen, daß das heilige Erbe der Väter vernichtet und ein trotz seiner Altehrwürdigkeit jugendstarkes und frisches kirchliches Gemeindewesen untergehen solle. Denn das war auch dem letzten Gemeindegliede klar, daß, wenn erst der Kirchenverband in Laßwitz' Gauen aufgelöst worden sei, allem menschlichen Ermessen nach nie, nie wieder eine selbständige Parochie entstehen würde. Seit der Vorväter Tagen vielleicht, da mit Blut und Tränen eine evangelische Parochie in Laßwitz gegründet wurde, herrschte in den schönen, bildsauberen Dörfern des Kirchspiels nicht eine solche Bestürzung, aber auch feste Entschlossenheit, unter allen Umständen ihrer Kirche die Treue zu bewahren. Wenn die böhmischen und mährischen Brüder nötigenfalls Leib und Leben, Hab und Gut für ihren Glauben geopfert hätten, so würden sie, die Nachfahren glaubensstarker Persönlichkeiten, um einiger Roggenkörner willen gewiß nicht ihre Selbständigkeit aufgeben. Sie könnten auch schlechterdings nicht einsehen, warum denn, wenn Tausende von evangelischen Leuten in teilweise kopfloser und voreiliger Weise den herrlichen Kathedralkirchen in Lissa den Rücken gewandt hätten, gerade sie dazu dienen sollten, dezimierte Gemeindewesen aufzufrischen und die unnötigerweise entstandenen Lücken auszufüllen. Alle Ehre den treuen Verkündigern des Wortes Gottes in der Comeniusstadt aber die geringe Zahl einiger Nachmittagspredigten vielleicht im Jahre genügten ihnen nicht, nachdem sie fast vier Jahrhunderte hindurch die Vollkost überreichlicher Gottesdienste genossen hätten. Die Lissaer liebten ihre schönen Gotteshäuser und die Laßwitzer auch ihr einfaches, schlichtes Kirchlein in Knechtsgestalt. Die Lissaer Kirchengemeinden wollten nicht sterben, nun die Kirchengemeinde Laßwitz auch nicht. Ein Reprozitätsverhältnis sei nicht conditio sine qua non. Eine Inkorporation städtischer Parochien in dörfliche Pfarreien käme für städtisches Empfinden, so gut wie gar nicht in Betracht, so könne auch umgekehrt williges Eingehen in städtische Wünsche nicht so ohne weiteres den Landbewohnern zugemutet werden. Die scharfe Vorherrschaft der Stadt sei in einem demokratischen Gemeinwesen nicht mehr angebracht.

* **Kolmar, 27. Februar.** Auf dem Wochenmarkt am Freitag wurden für Butter 9000 M. gefordert, und für Eier 5500 bis 6000 M. Da viele nicht in der Lage waren, diese Preise zu zahlen, so war die Folge, daß Überstand blieb, und Butter und Eier zum Schluß des Marktes im Preise bedeutend heruntergingen.

* **Neustadt, 22. Februar.** Ein „Zeitbildchen" schildert der „Bote für Pomorze" wie folgt: Gestern auf dem Wochenmarkt erschien ein Jüngling mit zwei gefüllten Körben und stellte sich auf den Marktplatz hin. Der Jüngling wurde förmlich von Kauflustigen gestürmt, denn alles vermutete bei ihm Butter und Eier und jeder fragte nach dem Preis, aber der biedere Jüngling antwortete nicht, selbst der Polizei nicht. Mit einmal erhielt er von einer Hoteldame einen Wink und verschwand nach dem Hotel, wo er seine Ware in Bausch und Bogen los wurde.

* **Putzig, 24. Februar.** Die Familie R. in K. (Kreis Putzig) erhielt in diesen Tagen 27 000 Dollar (rd. 900 Millionen Mk.) als Erbschaft von einem verstorbenen Verwandten aus Amerika. Wenn auch das Erbe in zehn Teile fällt, so fällt doch auf jeden noch ein hübsches Sümmchen. Vorausgesetzt, daß die Sache richtig ist. Der Umstand, daß der Name der glücklichen Familie und auch des Ortes schämisch nur angedeutet wird, berechtigt dazu, hinter die Mitteilung ein großes Fragezeichen zu setzen.)

* **Rawitsch, 21. Februar.** Die in der letzten Zeit so erheblich gesteigerte Teuerung hat, wie die „Raw. Ztg." schreibt, wieder einmal eine Sitzung der vereinigten evangelisch-kirchlichen Körperschaften nötig gemacht, die in erster Linie das Gehalt des Pfarrers wie der anderen Beamten in einer den Verhältnissen entsprechenden Weise zu erhöhen beschloß. Allen Gehältern wird die Roggenwährung zugrunde gelegt, so daß die monatlichen Auszahlungen nach dem am 15. jeden Monats geltenden Roggenpreise ausgezahlt werden. Diesen vermehrten Ausgaben gegenüber mußten die Gemeindevertreter auch auf Erhöhung der Einnahmen bedacht sein und beschlossen, die gegenwärtige Stoltaxe für kirchliche Handlungen, welche vier Vermögensklassen vorsieht, auf das Zehnfache zu erhöhen, auch mußten die Kirchenabgaben, denen die niedrigen Steuersätze von 1921 zugrunde liegen, erhöht werden. Glaubte man im September mit 100 Prozent dieser Steuersätze auszukommen, so mußte dieser Prozentsatz auf 400 festgesetzt werden. Damit die Kirchenkasse die Gehälter pünktlich auszahlen kann, und weil sich das Rechnungsjahr bereits seinem Ende zuneigt, so sind die Kirchensteuern jetzt gleich zu entrichten. Um der Gemeinde die beiden Diakonissen, deren Tätigkeit jetzt nötiger und reicher denn je ist, zu erhalten, wurde beschlossen, die Beiträge, die vom Mutterhause verlangt werden, auf die Kirchenkasse zu übernehmen, während die übrige Unterhaltung der Schwestern dem Diakonissenverein obliegt. Für die Jahresrechnungen von 1921 wurde dem Rendanten Entlastung erteilt, nachdem die Rechnungen geprüft und für richtig befunden waren. Für drei in der Gemeindevertretung freigewordene Stellen waren Ergänzungswahlen nötig. Sie auf die Landwirte Rudolf Hoffmann-Wilhelmsgrund, Johann Treske-Massel und Wilhelm Kuhlman-Lindenhof fielen. Für die Kreissynode wurden sechs Abgeordnete neugewählt. Die Unterstützung der großen kirchlichen Anstalten wollen sich die Gemeindeorgane angelegen sein lassen und bei Aufstellung eines neuen Haushaltungsplanes berücksichtigen.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lemberg, 24. Februar.** Ein gewisser Salo Baranenko, ein russischer Flüchtling, der sich mit Waldausroden beschäftigte, versteckte in seiner Wohnung 3000 Dollar (150 Millionen Mark). Dieses Versteck wurde jedoch durch das Dienstmädchen aufgefunden und das Geld entwendet. Die Magd wurde festgenommen.

* **Warschau, 26. Februar.** Im Wartesaale des Hauptbahnhofes zogen dieser Tage sechs Mädchen im Alter von 16 bis 20 Jahren die allgemeine Aufmerksamkeit der Fahrgäste auf sich. Die Mädchen zeichneten sich durch große Schönheit aus und sprachen im kleinpolnischen Dialekt. Wie sich herausstellte, waren diese Mädchen einer verdächtigen Person gefolgt, die sich als amerikanischer Bürger ausgab. Der Betreffende hatte ihnen in Amerika ein schönes Leben versprochen. Der Transport dieser sechs Mädchen war auf der Station Zawade aufgefallen, von wo aus Warschau telephonisch benachrichtigt wurde. Der Händler mit „lebender Ware" wurde verhaftet. — Im Flur des Hauses Chlodnastraße 52 bemerkten die Einwohner einen besinnungslosen Knaben, neben dem eine Flasche mit Karbolsäure lag. Der Bewußtlose wurde in das Wolaer Hospital gebracht, wo er kurze Zeit darauf starb. Die Gründe des Selbstmordes sind unbekannt.

* **Warschau. 28. Februar.** Im verflossenen Jahre wurden in der Warschauer evangelischen Gemeinde 398 Kinder getauft, und zwar 207 Knaben und 191 Mädchen. Ehen haben 290 Paare geschlossen. Die Zahl der Mischehen hat sich verringert. Gestorben sind 377 Personen, konfirmiert wurden 405 Knaben und Mädchen. Kommuniziert haben 5940 Personen. Aus der römisch-katholischen Kirche sind 39 und aus der griechischen 4 Personen übergetreten.

---

* **Danzig, 24. Februar.** Ein Raubüberfall ist auf die Frau des Ingenieurs Wollreuter in Zoppot verübt worden, als sie sich allein in dem in der Haffnerstraße gelegenen Laden ihres Gatten aufhielt. Der Verdacht der Polizei lenkte sich auf eine bestimmte Person, die dann auch verfolgt und auf dem Danziger Hauptbahnhof verhaftet wurde. Es handelt sich um den 28jährigen Geschäftsreisenden Herbert Meyer aus Frankfurt a. M., der sich vorübergehend im Freistaat aufhielt. Er hat eingestanden, den Raubüberfall in Zoppot verübt zu haben. Bei dem Verhafteten wurden eine Dampferfahrkarte nach Swinemünde und eine Eisenbahnfahrkarte nach Berlin vorgefunden, woraus zu ersehen ist, daß er bereits alle Vorbereitungen für eine Flucht getroffen hatte. In der Begleitung des Meyer befand sich dessen Ehefrau, die aber in die Angelegenheit nicht verwickelt ist.

Frauenzeitung des Posener Tageblatts.

Eine deutsche Landfrauenwoche.

Im Anschluß an die Berliner Tagungen der Landwirtschaftlichen Woche haben auch die in der Zentrale der deutschen Landfrauen zusammengeschlossenen Verbände vom 20. bis 24. Februar in Berlin eine Reihe von Versammlungen veranstaltet. Gutsfrauen und Beamtinnen, Landpflegerinnen, Lehrerinnen und Schülerinnen landwirtschaftlicher Frauenschulen, Vertreter von Ministerien, Geistliche und Lehrer nahmen daran teil. Geistige, soziale und wirtschaftliche Fragen wurden mit dem gleichen brennendem Eifer beraten, und der Besuch war außerordentlich stark.

Der evangelische Verband für die weibliche Jugend Deutschlands und die Evangelische Frauenhilfe hielten am 20. einen Landfrauentag ab mit dem Hauptthema „Mächte der Finsternis und Waffen des Lichts".

Gleichzeitig tagte im überfüllten Saal des Landwirtschaftsministeriums der Reichsverband der Beamtinnen und Fachlehrerinnen in Haus, Garten und Landwirtschaft. Heute, wo jeder Fußbreit deutschen Landes ertragsfähig gemacht werden muß, steht die Frage der land- und hauswirtschaftlichen Schulung der Frauen von der Gutsfrau, Lehrerin und Beamtin bis zur Bäuerin und Tagelöhnerin im Mittelpunkt der ländlichen Frauenfragen. Mehr Gewicht denn je wird auf die ländlichen Mädchenberufsschulen gelegt, die die Jugendlichen vom 14. Jahr an erfassen und ihnen außer den Elementarbegriffen des staatsbürgerlichen Lebens auch beruflichen Unterricht geben sollen. Fräulein Dr. Wolff von der Landwirtschaftskammer Berlin gab einen lehrreichen Überblick über Notwendigkeit und Aufbau dieser Berufsschulen. Auf dem Lande sei die allgemeine Einführung der Berufsschulen aus pekuniären Gründen nicht möglich. Diese liege zum Teil den Gemeinden, zum Teil den Kreisen ob. Durch Schaffung von Schulzentren und Angliederung an die Wanderhaushaltungsschulen ließe sich jedoch unter Heranziehung örtlicher Lehrkräfte der Pflichtfortbildungsunterricht für Mädchen ausbauen. Das Schwergewicht müßte auf Erlernung des ländlichen Haushalts gelegt werden da dieser die Grundlage jedes ländlichen Frauenberufs bilde. Auch landwirtschaftliche Lehrerinnen, Gärtnerinnen, Gutssekretärinnen und Hausbeamtinnen müssen seine Anforderungen kennen, müssen mit dem Leben des Landes verwachsen sein, um ihren Spezialberuf auszufüllen. Auch die Lehrerinnen ersehnen eine Vereinheitlichung ihrer Ausbildung, und hoffen auf verständnisvolle Förderung der Berufsschule von seiten des Landwirtschaftsministeriums, die ihnen von dessen Vertreter, Geheimrat Oldenburg, bereitwilligst zugesagt wurde.

Die Tagung des Reifensteiner Verbandes für wirtschaftliche Frauenschulen auf dem Lande gelangte am 21. Februar zu ähnlichen Ergebnissen, die von Frl. Groschupf in einem Referat über „Wege und Ziele der ländlich-hauswirtschaftlichen Ausbildung der gebildeten weiblichen Jugend" zusammengefaßt wurden. Es wird vorgeschlagen, daß dem Maidenjahr in den Schulen des Reifensteiner Verbandes zwei praktische Jahre vorangehen. Das halbe soziale Jahr wünscht man als Persönlichkeitsausbildung beizubehalten. Der volkswirtschaftlichen Not entsprechend soll der Unterricht mehr auf das praktische, hauswirtschaftlich Notwendige eingestellt werden als früher.

Ein starkes Streben geht durch die deutschen Landfrauen, die Forderungen der Zeit zu erkennen und sie zu erfüllen im volkswirtschaftlichen Geist, der jede Kraft verwertet und jede Saat zur Frucht entwickelt.

Eine Fabrikherrin des bergischen Landes.

(Zu Maria Zanders Gedächtnis.)

Unter den von französischer Gewalt besetzten Städten wurde dieser Tage auch das bergische Hückeswagen genannt. Hückeswagen — man nimmt das Buch zur Hand, dessen erste Zeilen schon von Schloß und Städtchen Hückeswagen erzählen. Es ist bei Diederichs (Jena) erschienen und mit ihm setzt Anna Caspari der einstigen Fabrikherrin in Bergisch-Gladbach, Maria Zanders, ein mit Liebe gestaltetes literarisches Denkmal.

Eine deutsche Frau sehen wir in dem sympathischen Buch aus heller Kindheit, strebendem Jungmädchentum, das ganz durchwogt ist von Klang und Zauber musikalischen Erwachens, emporwachsen zu gläubigem Christentum und Mutterschaft. Wir sehen dieses, tief in gläubigem Christentum verwurzelte Frauenleben über frühe Witwenschaft hineinreifen in eine geistige, soziale und künstlerische Welt, die eigene schöpferische Wesensart sich schuf.

Das alte, vielumstrittene Problem, ob die Frau sich zur Leitung eines Betriebes, zur Führerin männlicher Arbeitskraft eigne — Maria Zanders hat es in bejahendem Sinne gelöst, allerdings getragen von ihrer eigenwüchsigen Persönlichkeit wie von den äußeren Verhältnissen, die ihr Entfaltungsmöglichkeiten und treue berufliche Ratgeber gaben.

Den Gatten, mit dem sie innigste Lebensgemeinschaft verband, hat sie früh hergeben müssen. Werk — eine der größten deutschen Papierfabriken — und Haus verwaist. Frau Maria steht vor schweren Aufgaben, und sie sieht ihren Weg im Widerstreit der Empfindungen nicht. Da plötzlich, nach durchwachter und durchbeteter Nacht, hat das Schwanken ein Ende. Eines Morgens sieht die Witwe, wie in gewohnter Frühe Anna Odenthal — eine Hausgenossin — aus dem „Kloster" ihren täglichen Gang zur Fabrik antritt. Wie der Blitz ist die junge Frau bei ihr und begleitet sie in die Lumpenkammer, wo Anna seit langen Jahren das Sortieren der Lumpen beaufsichtigt. Mitten zwischen den Fabrikmädchen sitzend, empfängt auch sie Unterweisung und arbeitet, wie sie alle. Der Schritt war getan, ein neues Leben hat begonnen, das einzig mögliche für diese Natur, das Leben angespanntester Arbeit, voll Dranges zu eigener Hingabe. Ihr Eintritt in das Geschäft war, trotz mancher zu überwindender Schwierigkeiten, zur denkbar günstigsten Zeit erfolgt. Als ob Richard Zanders sein rasches Ende schon längste Zeit geahnt, hatte er seinen Fabrikbetrieb derartig auf alle modernen Einrichtungen eingestellt, daß die Arbeit eine vorgeschriebene, der Hand des Chefs eine Zeitlang entraten konnte. Hinzu tritt der mächtige Aufschwung auf allen Gebieten der Industrie nach dem Kriege 1870/71, der auch für die Gladbacher Papierfabrikation ungeahnte Erfolge bringen sollte. — Das patriarchalische Verhältnis zu den Arbeitern, das bei J. W. Zanders ja von jeher gepflegt wurde, hat gewiß von Anfang an den täglichen Verkehr erleichtert, aber dies glückliche intuitive Verstehen des Wesens einfacher Menschen, diese natürliche Vertrautheit mit den Bedürfnissen der arbeitenden Klassen ist etwas ganz Eigenartiges, etwas Schaffendes gewesen.

Ein großes Gefühl der Dankbarkeit für alle die unermüdlich zum Besten der Firma Schaffenden ist jetzt in ihr erwacht und möchte sie in Freudeschaffen umsetzen, freilich auch als Entgelt für das Glück, das „unter tausend Schmerzen" aus der neuen Arbeit erblüht.

In dem im Frauenleben, das sich in Haus und Beruf teilen muß, naturnotwendig auftauchenden Konflikt: Häuslichkeit oder Werk, entscheidet sie sich von neuem für das Werk und legt die Erziehung ihrer Kinder, sorgfältig wählend, in der Hauptsache in andere Hände, um sich im wesentlichen der Aufgabe der Betriebsleitung zu widmen. Zu stolzer Blüte gedeiht die alte Firma unter ihren pflegenden Händen.

Die Quelle der Kraft bleibt ihr aber nach wie vor die Häuslichkeit und die Musik, zu der sie ihr ganzes Leben lang ein inniges Verhältnis bewahrt, das seinen sichtbaren Ausdruck in der Freundschaft zu Max Bruch findet. Es klingt und singt im Zanderhaus. Und nicht nur in ihm. Frau Maria trägt diesen Schatz auch in die Reihen ihrer Arbeiter. Gesangvereine entstehen, Chorabende werden veranstaltet, und die Seele des Ganzen ist die Herrin des Werks, die das leibliche und das seelische Wohl ihrer Angestellten fördert und der Sachlichkeit der Arbeit den Impuls ihres warmen Herzens mitteilt. Unter Frau Marias Schutzherrschaft nimmt im ganzen bergischen Lande die Musikpflege einen erhebenden Aufschwung, Gladbach rückt in den Mittelpunkt einer Kunstpflege, die von weither Freunde, berühmte Musiker und scharfe Kritiker herbeilockt. — Gewaltiges wird geleistet, und die Schöpferin ist Frau Maria.

Man muß das Buch dieses Lebens durchblättern, um die Fülle dieses kämpfenden, ringenden, segenspendenden Lebens zu ermessen, das über die Körpernot des nahen Alters immer wieder triumphiert, bis ein sanfter und schneller Tod es endet.

Grillparzers Liebesgedichte.

Von Dr. Friedrich Düsel.

Er hat ihrer nicht viele geschrieben. Wie die Natur-, so versagte sich ihm auch die Liebeslyrik, oder: er versagte sich ihr. Denn er war von einer mimosenhaften Scham besessen, Gefühlsstimmungen des eigenen Ich in Worte zu kleiden und anderen preiszugeben, und auch wo er dem Drang des dichterischen Bekenntnisses nicht widerstehen konnte, tötete er — im schroffsten Gegensatz zu Goethe — das rein Persönliche, um es aufgehen zu lassen ins Allgemeine. Sich die Brust aufzureißen und der Welt seine Wunden und Schmerzen zu zeigen, verwehrte ihm eine Schamhaftigkeit, die sich zugleich wie ein Riegel vor die letzten Schönheiten der lyrischen Form legte. Wie er Paganini schalt. „Was öffnest Du des Busens stilles Haus und stößt sie aus, die unverhüllte Seele, und wirfst sie hin, den Gaffern eine Lust?", so verschloß er auch sich selber Herz und Mund, wenn ihn das drängende Gefühl verführen wollte, „der eigenen Seele Mörder" zu werden.

Dennoch hat auch ihn der Gott, der den Dichtern gibt zu sagen, wie sie leiden, mit unwiderstehlicher Gewalt gezwungen, seinen Herzenserlebnissen Marterl und Kapellen zu errichten. Seine Selbstbiographie konnte er Schweigen gebieten, seine Dichtung redet immer lauter. Nicht bloß das Drama, sein eigentlicher, wenn auch maskierter Dolmetscher, wie auch die Lyrik, deren Erlebniskeime sich nicht überall verbergen können. August Sauer, der Herausgeber des erst kürzlich erschlossenen Grillparzerschen Nachlasses, hat diese Gedichte, neunzehn an der Zahl, jetzt in getreuen Handschriften-Nachbildungen dem Schrein einer kostbaren Mappe anvertraut und die Folioblätter mit einem Geleitwort versehen, das sie gleichsam aus der Knospe heraus neu vor uns erblühen läßt. (Wien, Rikola-Verlag.)

Man darf sich diesen Dichter, weil er sein Herz im Zaume hielt, nicht als kühl vorstellen. Von seinen Knabenjahren an hatte er Liebesanfälle, die wiederholt seine Gesundheit bedrohten. Schon der Fünfzehnjährige entbrannte in Liebe zu einer jungen Vorstadtschauspielerin, und diese unglückliche Leidenschaft stürzte ihn in eine Nervenkrankheit. Sein erstes erhalten gebliebenes Liebesgedicht aber vom 2. April 1806, „Der Kampf der Leidenschaften" überschrieben und stark vom jungen Schiller beeinflußt, galt ihr kaum, sondern die Therese, für die sich ihm „im schrecklichen Gewühle Verzweiflung paart mit Lust",

> Wie arm in Lybiens grauen Wüsten,
> Im glühend heißen Sand,
> Sich gattend ein paar Schlangen nisten,
> Verderbend Flur und Land,

sie ist im nächsten Umgangskreis der Familie zu suchen. Wahrscheinlich war sie die Schwester seines Freundes Wohlgemuth, die eine, wie das jugendliche Tagebuch sich ausdrückt, ihn zur Klasse der wilden Tiere herabsetzende Eifersucht in ihm weckte. Zu gleicher beschämender Leidenschaft erregte ihn eine Freundin Theresens, wegen ihres freien Benehmens mit den jungen Leuten das Studentenmädel genannt. An sie ist ein am Silvester desselben Jahres niedergeschriebenes, kaum zur letzten Fassung gediehenes französisches Gedicht gerichtet, das freiheitlich mehr die Allmacht der Liebe im allgemeinen als „la belle Antoinette" im besonderen feiert.

Dann aber waren es für längere Zeit wirklich Schauspielerinnen und Sängerinnen, denen er huldigte. Am 8. Februar 1812 hatte er Henriette Theimer als den Pagen Cherubin gehört, und sie hatte sich, in der doppelten Verklärung der Mozartschen Musik und ihrer eigenen jugendlichen Schönheit, alsbald seiner ganzen Einbildungskunst bemächtigt, obwohl er sich aus seinen dürftigen Umständen heraus der von reichen Liebhabern umworbenen nicht zu nähern wagte. Und doch hätte er's dürfen! Denn später erfuhr er von einem ihrer Freunde, daß das feurige, von heißer Sinnlichkeit erfüllte Gedicht, das ihr auf rätselhafte Weise zu Gesicht gekommen war, den tiefsten Eindruck auf „die Krone aller Schönen" gemacht, und daß sie alles aufgeboten hatte, den unbekannten Sänger ausfindig zu machen, entschlossen, ihm zuliebe alle ihre Bewerber fortzujagen und ihm zu gewähren, worum er so schön — und kühn, setzen wir hinzu — gebeten hatte. So erwartete, während er sich in hoffnungsloser Sehnsucht verzehrte, die Schöne mit Ungeduld die Möglichkeit, seiner „heißen Lippen Fieberglut in ihres Busens regen Wellen zu kühlen," wie der Dichter sich gewünscht hatte.

Aus ganz anderem Ton gehen die vier der lieblichen Sängerin Katharina Altenberger gewidmeten Gedichte aus dem Sommer und Herbst 1817. Sie fügen sich zu einem kleinen Liebesroman zusammen, aber jeder Nachhall Schillerscher Pathetik ist verstummt. Statt dessen melden sich in der leichtbeschwingten Form allerlei Anklänge an Tieck, und auch die etwas spielerische Ironie sowie gewisse mehr witzige als innige Wendungen verraten die romantische Schulung.

Heißer packte die Liebe den inzwischen berühmt gewordenen und vielumschwärmten Dichter der „Ahnfrau" und der „Sappho" im Jahre darauf. Mit furchtbarer Gewalt kam die erste große und wahre Leidenschaft über den Siebenundzwanzigjährigen, beglückend und beseligend, aber auch verdüsternd und fast zerschmetternd. Es war die junge Frau seines Vetters und nächsten Freundes Ferdinand von Paumgartten, Charlotte Jetzer, die Tochter eines hohen Offiziers, die sein Herz so im Tiefsten aufwühlte. Die Kämpfe, die sich daraus entspannen, bilden den Gefühlshintergrund der „Medea", an der die Freundin regsten Anteil nahm, um deren Gelingen sie weinte, jubelte, betete. Sich von ihr loszusprechen, versagte dem Dichter die Kraft, so sehr er sich deswegen verfluchte. Ein langes Gedicht „Der Bann" aus dem Spätherbst 1819, worin er von ihr Abschied nahm, schildert er den Riß, der mitten durch sein Herz geht, den furchtbaren Zwiespalt zwischen Leben und Kunst. Weil er der Wirklichkeit widerstrebt und ihrer Schwester, dem holden Schein, gehuldigt, habe ihn jene, „die Fürstin, der die Welt zu eigen", für vogelfrei erklärt und ihm als gegenwärtigen Büttel den wilden Dämon Phantasie beigegeben, der die rasche Begierde nach dem Schönen in Haß und Ekel verwandle, ihm für immer Kopf und Herz entzweien und seiner Liebe Erfüllung, Echo und Glauben verwehren solle:

> Seitdem irr' ich verbannt, alleine,
> Betrüge andre so wie mich;
> Du aber, armes Weib, beweine,
> Den du verloren ewiglich.

Mit wahrhaft erschreckender Hellsichtigkeit ist da schon die Tragik des Grillparzerschen Lebens aufgedeckt, die auch dieses Liebesband, freilich erst ein oder zwei Jahre später, grausam zerriß. Auf ihrem Sterbebette machte ihm Charlotte schwere Vorwürfe darüber, daß er nicht erkannt, wie ihre Liebe zu ihm ihr einziges Lebensglück ausgemacht habe.

Bald nach oder unmittelbar vor diesem Buch, Anfang 1821, trat bei einer musikalischen Veranstaltung in einem Wiener Bürgerhause Katharina Fröhlich in Grillparzers Leben. Anmutig schildert er in kunstvollen Strophen, wie sie, „die Lieblichste von allen", still zuhörend am Klaviere saß,

> das Haupt gesenkt, den Leib nach vorn gebogen,
> wie von den flieh'nden Tönen nachgezogen.

Nicht ihre Schönheit ist's was ihn fesselt, sondern der auf und ab schwellende Strom des Gefühls, der bei dem Kampf der Töne ihr Antlitz und Augen bewegt: „Und jeder Ton ward Bild in ihren Zügen." Schon will er dem Künstler aus Mitleid mit ihr Halt gebieten und ihr sein Herz eröffnen, da legt sie schweigengebietend den Finger an den Mund:

> Und wieder sah ich forschend sie sich neigen,
> Und wieder muß ich sitzen, wieder schweigen.

Doch ein bald darauf für sie geschriebenes Stammbuchblatt zeigt uns, daß der Dichter diesen Augenblick als entscheidend für sie beide empfand:

> In flüchtigen Sekunden
> Trifft das Geschick.
> Was Jahre nicht gefunden,
> Gibt im Moment das Glück . . .

Seitdem verfolgen ihn Katharinas dunkelhelle, wie ein Felsenquell schimmernde Augen, drin Tag und Nacht, Ernst und Lachen, Wassers- und Feuersmacht in eins verbunden sind, mit ihrer „Allgegenwart", und das so überschriebene, gleichfalls noch 1821 entstandene Gedicht schließt mit einem in so persönliche Erlebnisfarben getauchten Bilde, wie sie sich oft bei Goethe, selten nur bei Grillparzer finden:

> Abends, wenn's dämmert noch,
> Steig ich vier Treppen hoch,
> Poch ans Tor,
> Streckt sich ein Hälslein vor,
> Wangen rund,
> Purpurmund,
> Prächtig Haar,
> Stirne klar,
> Drunter mein Augenpaar!

Bald aber fiel Frost auch auf diese Blüte. Beide mußten erkennen, daß ihre Charaktere nicht zu einander paßten. Eifersucht, Launen, Erziehungsschrullen auf seiner, Eigenwille und Persönlichkeitstrotz bei aller innigen Liebe auf ihrer Seite. Er bietet ihr die Trennung an, will aber auf den freundschaftlichen Anteil an ihrem Ergehen und dem familienhaften Zusammenhalt mit der Häuslichkeit ihrer Schwestern nicht verzichten. So überbrückt sich die Kluft immer wieder, ohne sich zu schließen. Diesem neuen, nie wieder ganz geheilten Zwiespalt gibt das freilich viel weiter ausholende und tiefer grabende Gedicht „Jugenderinnerungen im Grünen" vom Jahre 1824 Ausdruck, ein Selbstbekenntnis von schonungsloser Offenheit und Wahrheit, in dem der Vers steht:

> Wir glühten, aber ach, wir schmolzen nicht,

und jener andere noch beredtere:

> Und neues Quälen brachte jeder Tag.

Die Reihe der heimischen Wiener Gestalten unterbricht eine fremdländische Erscheinung: Marie von Smolleniß, die Tochter eines nach Wien verschlagenen griechischen Kaufmanns. Siebzehnjährig trat sie dem Dichter im Jahre 1825 entgegen, als ihre Familie ihm in der Ballgasse gegenüberwohnte und sie, „ein papieren Wickeln die Locken", sich am Fenster zeigte. Er besang sie als Charis, Göttin der Anmut, „weißliche (oder, wie eine hübsche Lesart will: milchfarbene) Rosen im Haar", nahm sie als Urbild für die Jüdin von Toledo und hatte ihre jugendliche Schönheit während der Gestaltung der Hero vor Augen. Aber wie mit allen Männern, so spielte Marie auch mit ihm nur, und bald sah er sie „umstellt von Niederen und Gemeinen", so verlangend er hinter der Lüge auch immer noch nach der Unschuld spähte. Aus diesem Sorgen und Bangen entstand das noch schwankende Gedicht „So laß uns scheiden, tut's not zu scheiden", und bald darauf die „Verwünschung" mit dem Schlußvers: „Drum wer da lebt, der hüte sich vor dir!" Wie richtig der Dichter sie und ihr Wesen erkannt hatte, bewies ihre Ehe mit dem bekannten Miniaturmaler Daffinger und ihr weiteres, erst 1880 nach mancherlei Irr- und Wirrsalen zu Ende gegangenes Leben.

Bei der Bestimmung der anderen Grillparzerschen Liebesgedichte sind wir auf Vermutungen angewiesen. Wenig wahrscheinlich, daß sich die drei kurzen Strophen: „Willst du, ich soll Hütten bau'n?" auf seine letzte Liebe, die feine, zarte Wienerin Heloise Hechner, beziehen, die den Dichter der „Hero" ebenso unendlich liebte wie verehrte und ihm das in einem ihrer Briefe mit den ergreifenden Worten gestand: „Mein einziges Glück bestand darin, mich mit jedem Atemzug mit ihnen zu beschäftigen." Hätte Grillparzer, wie Immermann bei der Gräfin Ahlefeldt, die Kraft des Willens und der Liebe gehabt, sich von Katharina Fröhlich zu lösen, so hätte er von Heloise wohl eine ähnliche Verjüngung erfahren mögen, wie der alternde Münchhausen-Dichter von Marianne Niemeyer. Wie er aber einmal beschaffen war, konnte es auch hier nur mit Verzicht enden, bevor noch Heloise als Gattin eines Ingenieurs Costinecku diesem in seine rumänische Heimat folgte. In Paris, nach dem Besuche des Père Lachaise, schreibt der Fünfundvierzigjährige am 19. April 1836 seine Marienbader Elegie ins Tagebuch, angeregt durch das Grabmal Abälards und Heloisens. Diese erste Fassung des Gedichtes „Entsagung" weist ein paar bemerkenswerte Varianten auf, so die letzte Strophe in der freilich noch nicht durchgefeilten Fassung:

> Nur was du abweist, kann dir wiederkehren,
> Nur was du denkst, ist dein, denn du bist, es ist du,
> Drum laß gefaßt ein Äußeres uns entbehren,
> In Selbstbewahrung liegt zuletzt die Ruh' . . .

Auf volle dreißig Jahre verteilen sich diese wenigen Liebesgedichte. Dann verstummt Erato. Ein Einsamer, sitzt der Mürrische, mehr Gelehrte als Dichter, nun durch lange Jahre im bescheidenen Kämmerchen über seine Bücher gebeugt, bewacht von seinen drei Hausgenossinnen, die wie mit flammendem Schwert alle Störungen von ihm abwehren. Was sie aber nicht verscheuchen konnten, waren die Besuche liebenswürdiger und geduldiger Frauen, die durch die stachlige Schale in des Dichters menschenfreundliches, menschensehnsüchtiges Innere sahen und dem Unwirschen oder Kranken Lächeln und Dank abrangen für manche zartsinnige Gabe. Auch Marie von Ebner-Eschenbach, die Erbin seines Dichterruhms in Österreich, war unter diesen „Krankenbesuchern", die der bald Achtzigjährige, vielleicht angeregt durch ihren heiligen Vornamen, mit dem halb raunzenden, halb gerührten Scherzverschen abtat:

> Eine Ähnlichkeit, die ich mit Christus habe:
> Nur die Weiber kommen zu meinem Grabe.

Rezepte.

Auflauf von Fleischresten. Wenn jetzt auch nicht gerade reichliche Fleischreste bleiben, so läßt sich doch von einem kleinen Teilchen eine neue Schüssel zubereiten, die auch einen unansehnlichen Rest verschönt. Dazu wird das Fleisch würfelig, gekochte kalte Kartoffeln in Scheiben geschnitten. In eine gefettete Auflaufform wird dies lagenweise verteilt und darüber eine Soße von braunem Buttermehl, welches mit Würfelbrühe oder Büchsensahne gelöscht, mit etwas geriebener Zwiebel, Zitronensaft, geriebenem Käse, Pfeffer und Salz abgeschmeckt ist. Die Soße wird über die eingefüllte Speise gegossen und der Auflauf eine halbe Stunde gebacken oder in der Puddingform im Wasserbade gekocht.

Erbsensuppe mit gebackenen Kartoffelschnitzeln. Enthülste gelbe Erbsen werden nach dem Waschen über Nacht eingeweicht, in dem Aufquellwasser mit Suppengrün weichgekocht und durchgeschlagen. Geschälte, rohe Kartoffeln werden geschnitzelt, in Mehl gewalzt und mit Zwiebelringen in Fett gebraten. Die wenn nötig mit Wasser und Mehlzusatz verlängerte Erbsensuppe kocht man mit etwas Fettzugabe, Salz und Pfeffer auf und richtet sie mit der Einlage von gebackenen Kartoffelschnitzeln und Zwiebel an.

Sport und Jagd.

V **Fußballsport in Posen.** Am vergangenen Sonntag traten sich auf dem stark durchweichten Unja-Platz in Posen „Warta" und „Unja" zu einem Rückspiel gegenüber, das zu einem wirklichen Match wurde. Die eifrigsten Spieler, wie Przybysz und Stalinski sahen zuletzt wie halbe Mohren aus. Da zur angesetzten Zeit der in Aussicht genommene Schiedsrichter sich nicht gestellt hatte und die Suche nach einem Ersatzrichter eine geraume Zeit in Anspruch nahm, vereinbarte man zwei Halbzeiten zu je 30 Minuten. Den in der ersten Halbzeit durch ein von Stalinski aus gedeckter Stellung geschlossenes Kontentor für die Wartaner erzielten Vorsprung holten die Unionisten in der zweiten Halbzeit bei einem Gedränge nach. Mit dem Resultat von 1 : 1 trennten sich die nahezu gleich spielenden Mannschaften. Der Held des Tages war bei den Unionisten Mittelläufer Kochonski. Der neue Linksaußen verspricht der beste Linksaußen Posens zu werden. Im Tor der Unionisten stand der bewährte Favorit Malski. Bei Warta ragten besonders Kozicki und Przybysz hervor. Spojda zeigte ein Repräsentativspiel. Kizinski war nicht wie sonst disponiert. Das eifrige Spiel Janickis ist fast stets dasselbe. Die verschiedenen Saltos brachten die Lachmuskeln der zahlreichen Zuschauer in Bewegung. Dagegen wurde man unwirsch, wenn ein Outball mit dem nötigen Naß in die Zuschauer hineinfuhr oder wenn Spritzer ausgeteilt wurden.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

E. L. Nr. 100. Unseres Erachtens können Sie nur zur Zahlung des damaligen Tagespreises gezwungen werden, wenn Sie den Nachweis erbringen können, daß es sich tatsächlich um so billig eingekaufte Kohle handelt, so können Sie die Zahlung des Preises von 6000 M. ruhig verweigern und es auf einen Prozeß ankommen lassen.

Z. 100. Wenn Ihre Tochter die Meisterprüfung nicht abgelegt hat, darf sie unter keinen Umständen Mädchen in die Lehre nehmen, selbst solche nicht, die nur für ihren eigenen Gebrauch die Schneiderei erlernen wollen.

A. W. Daß Sie den Verdrängungsschein erhalten, halten wir für ganz ausgeschlossen.

E. L. in Schw. 1. In diesem Falle ist nicht die Person des Verteilers, sondern die Stadt haftbar. Wenden Sie sich mit einem Antrage an Ihren Magistrat. Ob Sie allerdings viel erreichen werden, erscheint uns zweifelhaft. 2. Nur der damalige Preis; 6% Zinsen.

K. P. Wenn wir Ihnen versichern, daß uns Ihr erster Brief mit den Anfragen nicht zugegangen ist, so müssen Sie uns das schon glauben. Wir hätten uns nämlich, nebenbei bemerkt, durch sofortige Beantwortung Ihrer Fragen viel überflüssige Arbeit ersparen können. 1. Das nächste tschechoslowakische Konsulat befindet sich in Posen, Sapiehaplatz 8. 2. Das können wir Ihnen nicht sagen. Wenden Sie sich doch an die amtliche Auskunftsstelle auf dem Posener Hauptbahnhofe. 3. Einen Eisenbahnfahrplan in deutscher Sprache gibt es in Posen nicht mehr. 4. Diese Fragen beantwortet Ihnen die polnische Paßstelle im Gebäude des Starostwo Grodzkie in der ul. Towarowa (fr. Colombstraße).

Handel, Gewerbe und Verkehr.

= **Eine Bank der Zuckerfabriken.** Ebenso wie in Posen soll jetzt in Warschau durch die Zuckerfabrikanten eine eigene Bank gegründet werden, die die Zuckerfabriken in Kongreßpolen mit dem notwendigen Kredite versehen und den Zuckerhandel und Export in einer Hand vereinigen soll.

= **Die Banken und die Börse.** Der Börsenrat in Warschau hat beschlossen, daß zur Notierung an der Börse nur Aktien solcher Banken zugelassen werden können, die sich durch Bilanzen von drei Jahren ausweisen können, denn nach Ansicht des Börsenrats ist dieser Zeitraum notwendig, damit eine Bank ihre Existenzberechtigung nachweisen kann.

= **Erhöhung der Zollmultiplikatoren.** Mit dem 13. Februar ist der bisherige Zollmultiplikator 1500 auf 3000, der Multiplikator 1000 auf 2000 erhöht worden.

= **Freigabe des Handels für Rohöl und Naphthaprodukte.** Seit 9. Februar ist der Sequester (staatliche Verkaufsorganisation) für Rohöl und Naphthaprodukte aufgehoben.

= **H. Cegielski, Tow. Akc. in Posen,** hält am 8. März, 3 Uhr nachmittags, im Konferenzsaale der Bank Związku Spółek Zarobkowych, Plac Wolnosci 15, eine Aktionärversammlung ab, auf deren Tagesordnung die Änderung verschiedener Satzungen steht, wie zum Beispiel der Satzung über das amtliche Organ für die Bekanntmachungen der Gesellschaft, über die Berechtigungen der Aktionäre zur Teilnahme an den Generalversammlungen, über die Berechtigungen des Rates zur Revision der Tätigkeit des Vorstandes und über die Verteilung der Gewinne.

= **Litauischer Getreideexport.** Während die bisherige Politik der litauischen Regierung mehr auf eine Erschwerung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse gerichtet war, hat das Ministerium in diesem Jahre in Aussicht genommen, wegen des bedeutenden Getreideüberschusses die Ausfuhr von 150 000 Tonnen Getreide und 100 000 Kartoffeln zu genehmigen. Vor allem kommen Weizen (60 000 Tonnen), Roggen (20 000 Tonnen), Gerste (30 000 Tonnen) und Hafer (20 000 Tonnen) in Frage.

Offizielle Warschauer Börse vom 28. Februar.

Devisen:

Devise	Kurse	Devise	Kurse
Belgien	2430, 2360, 2410,	Paris	2840, 2760, 2800,
Berlin	1.99, 1.82.	Prag	1340, 1360,
Danzig	1.94 1.82,	Schweiz	8650, 8500,
London	210 000, 207 250, 214 000, 212 500	Wien	65¼, 65,
		Holland	17 800,
Neuyork	45 000, 44 500,	Italien	2240 2220.

Danziger Mittagskurse vom 1. März.

Die poln. Mark in Danzig .... $54^1/_4$—$54^1/_2$

Der Dollar in Danzig......... 23 500—23 750

Berliner Produktenbericht vom 27. Februar.

Amtliche Produktenbörse, per 50 kg in Mark.

Ware	Preis
Weizen	
märkischer	45500—46500
pommerscher	—
westpreußischer	—
Roggen	
märkischer	42000—43500
schlesischer	—
mecklenburger	—
Gerste	
Wintergerste	—
Sommergerste	—
märkische	40000—41000
Hafer	
märkischer	36000—37000
pommerscher	—
schlesischer	—
Mais	
loko Berlin	44000—45000
frei Hamburg	41000—42000
Weizenmehl	
für 100 kg	112 000—138 000
Roggenmehl	
für 100 kg	110000—128000
Weizenkleie	26000—28000
Roggenkleie	28000—30000
Raps	90000—95000
Leinsaat	90000—95000
Hülsenfrüchte	
Viktoriaerbsen	70000—80000
Kl. Speiseerbsen	50000—60000
Futtererbsen	—
Peluschken	—
Ackerbohnen	40000—45000
Wicken	70000—90000
Blaue Lupinen	60000—75000
Gelbe „	—
Serradella	100000—130000
Rapskuchen	32000
Leinkuchen	60000
Trockenschnitzel	70000—80000
Zuckerschnitzel	26000—28000
Torfmelasse	9000—9500
Kartoffelflocken	25000—26000

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil sowie für Handel und Wirtschaftszeitung: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Bekanntmachung.

Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung haben beschlossen, die Gebühr im städtischen Schlachthofe vom 28. Februar d. Js. wie folgt zu erhöhen:

Schlachthof-Tarif:

I. Schlacht-Tarif:

Von einem Rind	33 000 Mk.
„ „ Pferd	32 000 „
„ „ Schwein	18 000 „
„ „ Kalb	8 000 „
„ „ Schaf	5 000 „
„ „ Ziege	4 000 „
„ „ Ferkel	2 000 „
„ „ Lamm	400 „
„ „ Fohlen	10 000 „

II. Schlachten außerhalb:

Für Beschauen, Untersuchen u. s. w. von Fleisch, das auswärts geschlachtet worden ist, werden Gebühren laut Tarif I erhoben.

III. Stallgebühren:

Von einem Pferd	1 200 Mk.
„ „ Rind	1 000 „
„ „ Schwein	400 „
„ „ Kalb, einer Ziege, einem Schaf	200 „

IV. Wiegegebühr:

Für ein Pferd	800 Mk.
„ „ Rind	800 „
„ „ Schwein	400 „
„ „ Kalb	200 „
„ „ Schaf oder eine Ziege	200 „
Für Fleisch u. s. w. bis zu 30 kg.	120 „

V. Freibank:

	Benutzung der Bank:	Für die Benutzung der Einrichtung:
Für ein Rind	8 000 Mk.	12 000 Mk.
„ „ Schwein	4 000 „	8 000 „
„ „ Kalb, Ziege und Schaf	2 000 „	2 000 „

Für Fleischverkauf in einzelnen Vierteln 160 Mk.

VII. Verschiedenes:

Für die Benutzung der Haken in der Halle für 24 Stunden 1500 Mk.
Für die Benutzung der Vorkühlkammer pro Monat 5000 „
Für Atteste .... 2000 „

VIII. Kühl- und Gefrierkammern:

Für 1 qm jährlichen Mietszins in der Kühlkammer 120 000 Mk.
Für 1 qm jährlichen Mietszins in der Gefrierkammer 150 000 „

Viehmarkt:

I. Marktgebühren einschl. Fuhrengebühr:

Von einem Pferd	6 000 Mk.
„ „ Rind	6 000 „
„ „ Schwein	2 500 „
„ „ Kalb	1 500 „
„ „ Schaf oder Ziege	1 000 „
„ „ Ferkel	500 „
„ „ Magerschwein	1 000 „

II. Stallgebühren:

Wie im Schlachthofe.

III. Verschiedenes:

Für das Ausladen eines halben Waggons	2 500 Mk.
„ „ „ „ ganzen „	5 000 „
„ „ „ „ stückigen „	15 000 „
Für das Wiegen eines Waggons	1 800 „
„ „ „ „ Wagens	1 500 „

Poznań, den 26. Februar 1923.

Magistrat XI. 4.

(—) Ratajski. (—) Nowicki.

Bekanntmachung.

Auf Grund eines Beschlusses des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Februar d. Js. wird der Einzelpreis für **50 kg (2 Stäbe) Eis** bei Abnahme in größeren Mengen auf 4200 Mk., bei Abnahme in kleineren Mengen auf 4800 Mk. festgesetzt.

Magistrat XI, 4.

(—) Ratajski. (—) Nowicki.